

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Kommunikations- technologie und Datenschutz**

22. Sitzung  
20. Mai 2019

Beginn: 15.02 Uhr  
Schluss: 17.38 Uhr  
Vorsitz: Marc Vallendar (AfD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/0384  
**Urbanes Leben für mobile Bürger**

[0037](#)  
KTDat  
UmVerk(f)  
Haupt  
WiEnBe\*

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/1849

**Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung  
des Vertrags über die Errichtung des IT-  
Planungsrats und über die Grundlagen der  
Zusammenarbeit beim Einsatz der  
Informationstechnologie in den Verwaltungen von  
Bund und Länder – Vertrag zur Ausführung von  
Artikel 91c GG**

[0103](#)  
KTDat  
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der  
Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-  
Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ)**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Die  
Linke, Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Fraktion und  
der Fraktion der FDP)

[0100](#)  
KTDat

Hierzu: Anhörung

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Bernd Palenda und Herr Oliver Hohnbaum von der Senatskanzlei anwesend und können eventuelle Fragen der Ausschussmitglieder beantworten. Ich begrüße weiterhin Frau Ines Fiedler, die Vorsitzende des IT-Dienstleistungszentrums Berlin, Anstalt des öffentlichen Rechts, sowie Herrn Reinhard Naumann, den Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Personal, Finanzen und Wirtschaftsförderung, Charlottenburg-Wilmersdorf, und Herrn Dr. Holger Lemcke vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, den Leiter des Pilotprojekts „IKT-Migration zum ITDZ“. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Herr Dr. Lemcke wird seine Stellungnahme anhand einer Präsentation abgeben. – Ist die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht? – [Zurufe: Ja!] – Das ist der Fall. Möchten die Fraktionen den Besprechungsbedarf begründen – in diesem Fall betrifft das alle Fraktionen –, oder wird auf eine Begründung verzichtet? – Es wird verzichtet. Möchte der Senat im Vorfeld der Anzuhörenden eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Das ist der Fall.

**Staatssekretärin Sabine Smentek (SenInnDS):** Sehr gerne gebe ich eine Stellungnahme ab und werde versuchen, mich kurz zu fassen. Ich bin sehr froh, dass sich der Ausschuss entschieden hat, das ITDZ hier zu Wort kommen zu lassen. § 24 des E-Government-Gesetzes hat vier kurze Absätze und legt fest, dass das ITDZ der IKT-Dienstleister des Landes Berlin ist. Das hört sich im Gesetz so einfach an, aber im Kontext der Umsetzung der einzelnen Bestandteile des E-Government-Gesetzes fällt dem ITDZ eine entscheidende Rolle zu.

Das ist nicht so einfach organisiert, was wir hier im Ausschuss auch schon häufiger thematisiert haben. Das ITDZ befindet sich in einem Veränderungsprozess, den Frau Fiedler im Rahmen der Anhörung sicher gleich darstellen wird. Ich kann nur sagen, dass wir als Senat sehr konstruktiv versuchen, gemeinsam die Herausforderungen der Umsetzung des E-Government-Gesetzes zu schultern, und dass wir auch die Strategie des Wachstums und der veränderten Rolle des ITDZ sehr stark unterstützen. Und: Alles dauert immer länger, als wir uns das vorher gedacht haben.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann beginnen wir nun mit den Stellungnahmen. – Bitte beschränken Sie sich in Ihrem Eingangsstatement auf maximal fünf Minuten! Danach folgt die Runde, in der die Mitglieder dieses Ausschusses ihre Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Wir beginnen mit Frau Fiedler. – Bitte, Sie haben das Wort!

**Ines Fiedler (ITDZ):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank für die Einladung! Ich denke, das E-Government-Gesetz und dessen Umsetzung ist eine große Aufgabe. Insofern finde ich es toll, dass ich heute hier sein und das eine oder andere dazu anmerken darf. Ich werde zusehen, dass ich in fünf Minuten ein paar Prämissen mitgebe. Die Fragen und Antworten bieten dann, so glaube ich, die Möglichkeit, in die Details zu gehen.

**Agenda**

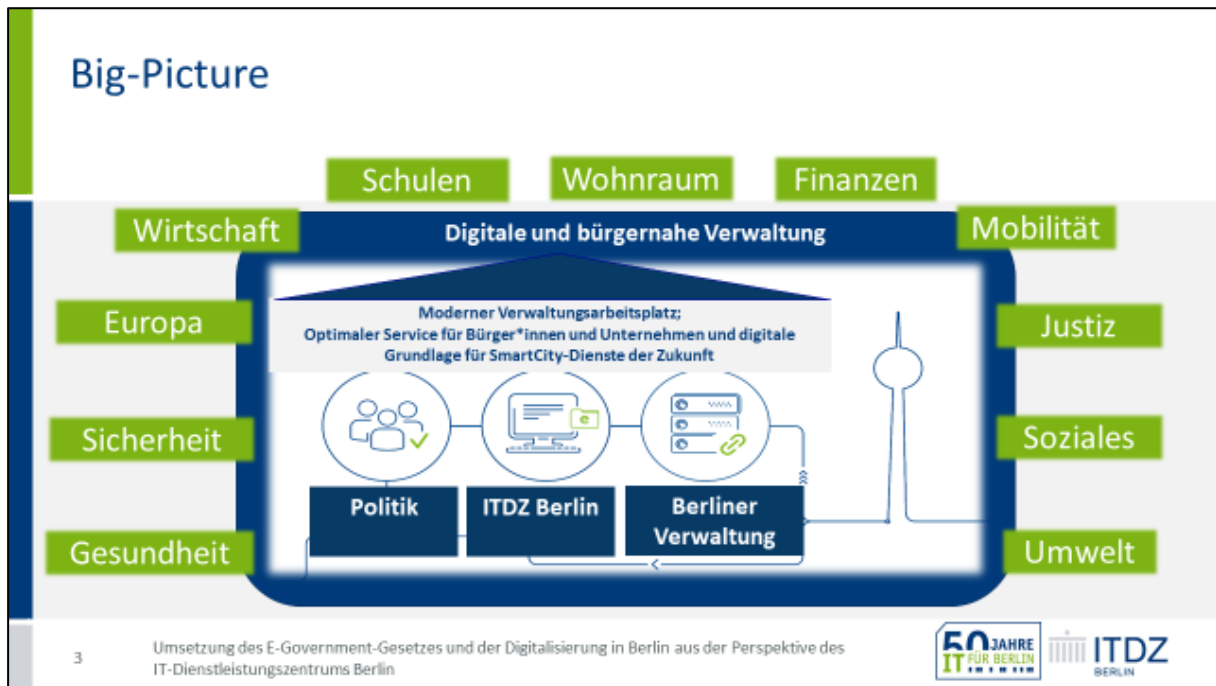
- Big-Picture
- Erfolge seit Einführung des EGovG Bln
- Erkenntnisse in der Umsetzung
- Herausforderungen
- Der Weg in die Zukunft

2 Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin

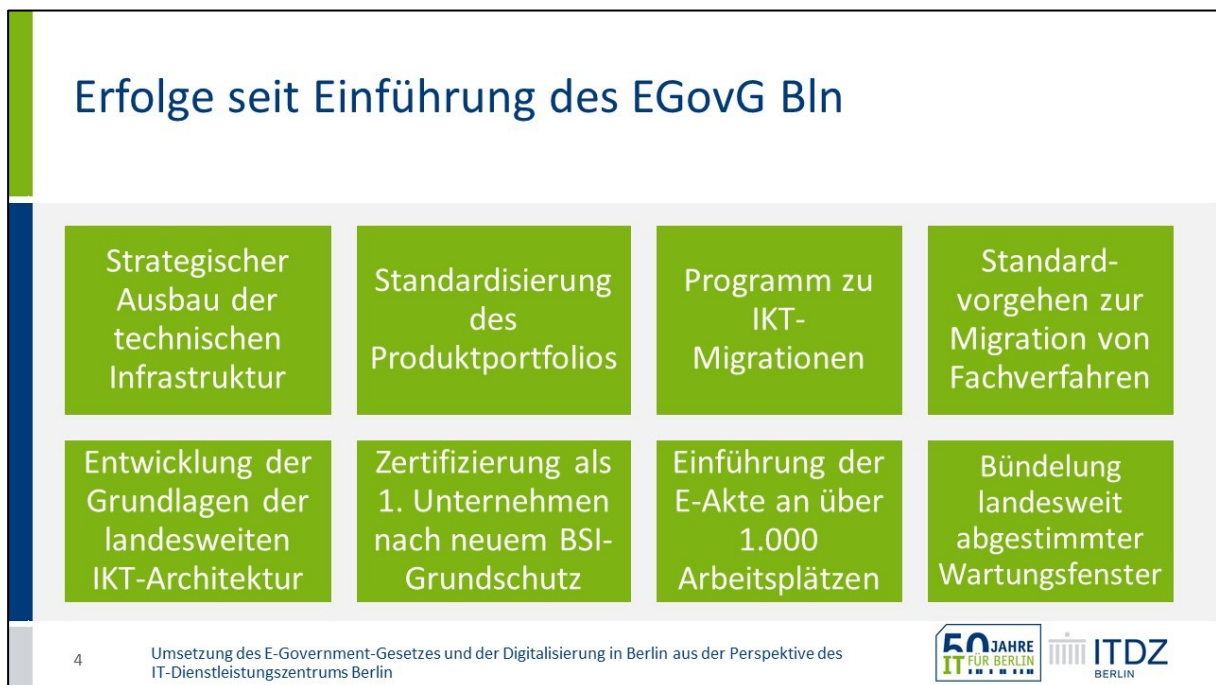
50 JAHRE IT FÜR BERLIN

ITDZ BERLIN

Big Picture – die folgende Folie –, dazu vielleicht ganz kurz: Darüber kann man streiten; darauf will ich aufgrund der Zeit nicht eingehen, aber es zeigt die Komplexität, denn alle politischen Themenbereiche, alle Verwaltungsvorgänge und technologischen Entwicklungen sind enthalten in dem, was wir als ITDZ Berlin gerade zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes auslösen.



Aber ich glaube, für Sie ist es viel wichtiger zu erfahren, was wir bisher erreicht haben. Ich denke, alle sind sich einig, dass wir viel mehr erwartet haben. Nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen einmal erläutern, was in den letzten fast drei Jahren passiert ist.



Auf der einen Seite stehen der strategische Ausbau und die technische Infrastruktur, und dazu nur ein paar Schlagworte. Wir haben gerade, ich glaube vor vier Wochen, für 40 Primärstandorte eine Bandbreitenerweiterung auf das Zehnfache erreicht. Das sind Infrastrukturprojekte im Hintergrund. Im Übrigen kann ich nachher noch ein paar Dinge dazu sagen. Kein Kunde

hat es gemerkt, und das, was wir an Kundenfreundlichkeit angeboten haben, hat unsere Kunden manchmal überfordert. Im Data-Center haben wir inzwischen das Achtfache an Kapazitäten geschaffen und damit die Voraussetzungen, wenn die Migrationen dann in die Tat umgesetzt werden. Weiterhin haben wir Automationen vorbereitet, und nun können wir – nehmen wir beispielsweise einen Störfall oder eine Sicherheitslücke – bis zu 2 000 Server innerhalb von vier Stunden mit Sicherheitsupdates patchen. Das konnten wir vor einem halben Jahr noch nicht.

Außerdem haben wir eine „Platform as a Service“ geschaffen. Was heißt das? – Es dauert heute teilweise noch viel zu lange, ein Fachverfahren im ITDZ Berlin an den Betrieb zu bringen. Früher haben wir dafür zwischen sechs und zehn Monaten gebraucht; das erste Fachverfahren ist jetzt innerhalb von drei Monaten implementiert worden, und zwar für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Daran sieht man, dass wir eine Menge an technischen Voraussetzungen geschaffen haben. Aber dazu gerne nachher mehr!

Zur Standardisierung des Produktportfolios will ich nicht viel sagen. Das wissen Sie, im E-Government-Gesetz, Basisdienste, IKT-Arbeitsplatz. Wir machen Beratung, wir machen Selling, wir machen natürlich IKT-Fachverfahren. Dann ist das Programm gestartet zu den IKT-Migrationen mit dem Piloten Charlottenburg-Wilmersdorf und jetzt auch mit nachfolgenden Behörden im Beginn. Wir haben ein Standardvorgehen für die Migration von Fachverfahren erarbeitet. Was heißt das? – Wir haben einen Prozess etabliert, mit dessen Hilfe wir Fachverfahren sehr gut hinsichtlich der Berlin-PC-Readiness, hinsichtlich Migrations-Readiness einschätzen können, und haben das erweitert um die Fragestellung, was wir mit den gesamten Kleinstverfahren machen. Auch dafür wird demnächst das eine oder andere Vorgehensmodell – wir haben schon Pilotbehörden gefragt – entwickelt.

Zur Entwicklung der Grundlagen der landesweiten IKT-Architektur: Frau Smentek! Ich glaube, wir schaffen das inzwischen gemeinsam. – Frau Smentek führt einmal im halben Jahr ein Update zur IKT-Architektur durch. Besonders freut mich, dass dann, wenn von der IKT-Steuerung, der Staatssekretärin, Ausnahmen angeschaut werden, diese befristet werden. Das sind Grundlagen für die Zukunft, bei denen sehr genau darauf geachtet wird, die Standardisierung umzusetzen.

Des Weiteren sind wir BSI-zertifiziert. Darauf will ich gar nicht näher eingehen. Mit der E-Akte haben wir die Pilotbehörden bearbeitet. Auch dabei geht es nicht nur um die Technik, sondern vor allem auch um die Organisation. In dieser Hinsicht sind wir gut vorangekommen. Seit drei Jahren schaffen wir es – darauf sind wir sehr stolz –, zweimal im Jahr Wartungsfenster mit den Behörden abzustimmen, was nicht so einfach ist, weil die Architektur und die Infrastruktur immer komplexer werden, sodass wir da Zeit brauchen.

Hierüber würde ich einmal hinweggehen; das sind ein paar Folien, die wir im Anschluss schicken werden.

## Erkenntnisse in der Umsetzung

Das ITDZ Berlin als zentraler IT-Dienstleister

- stärkt die Kundenorientierung und damit die Akzeptanz des ITDZ Berlin.
- wird die eigene Leistungsfähigkeit und Dienstleistungsorientierung im Rahmen des Wachstumsprozesses ausbauen.
- baut die nachhaltige Wertschöpfung für die Berliner Verwaltung weiter aus.



5

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Herausforderungen

- Mitnehmen der Mitarbeitenden im ITDZ Berlin und in der Verwaltung auf den Weg der Digitalisierung und Veränderung.
- Sichtbarmachen der Erfolge in der Umsetzung für die Berliner\*innen und Berliner Unternehmen.
- Beitrag von E-Government zur (finanziellen) Nachhaltigkeit Berlins.




6

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin





## Der Weg in die Zukunft




- Standardisierung
- Modernisierung
- Betrieb verfahrensabhängige IKT und IT-Fachverfahren
- Wirtschaftlichkeit und Finanzierung

7 Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Standardisierung




- IKT-Zielarchitektur ist definiert und zeigt erste Erfolge
- Befristete Ausnahmegenehmigungen als Übergangslösung bewähren sich

### Nächste Schritte

- Klärung von Ausnahmen vom IKT-Arbeitsplatz als Standard für ausgewählte Bereiche (z.B. Schulen oder Kultureinrichtungen)

8 Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



Wichtig ist jetzt aus meiner Sicht: Wo stehen wir denn bei den wichtigen Zielen hinsichtlich E-Government-Umsetzung und Standardisierung? – Die IKT-Zielarchitektur habe ich schon erwähnt, befristete Ausnahmegenehmigungen ebenso. Für die nächsten Schritte ist es wichtig, weiter zu klären, was Ausnahmen sind, ob es nun um Schulen oder Kultureinrichtungen geht: Wie gehe ich damit um, dass der IKT-Arbeitsplatz dann doch vom Standard abweichen muss oder es aufgrund der Größe von Einrichtungen andere Lösungen zu etablieren gilt?

## Modernisierung (1/2)



- Gemeinsame, beauftragte und finanzierte Projekte mit der IKT-Steuerung
  - Laufend: Projekt IKT-Arbeitsplatz – Weiterentwicklung 1, Programm Migration 1, 115-Portalanbindung OZG, Besonderes Elektronisches Behördenpostfach, Digitaler Antrag, Dokumenteninput-Management, Digitale Akte Plan 2, betriebsvorbereitende Maßnahmen 2018
  - In Vorbereitung: IKT-Arbeitsplatz – Weiterentwicklung 2, Projekt Programm Migration 2, Servicekonto Weiterentwicklung, Information Security Management System, betriebsvorbereitende Maßnahmen 2019
- Beratung der IKT-Steuerung: z.B. BeLa, Windows 10-Releasewechsel
- Turnaround-Konzept zur Stärkung der Kundenzufriedenheit

9

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Modernisierung (2/2)



### Nächste Schritte

- Fortführung des Dialogs zur nutzerorientierten Ausgestaltung der Produkte des ITDZ Berlin
- Verbreiterung der Sichtbarkeit der Inbetriebnahme weiterer elektronischen Dienstleistungen in Berlin
- Weitere Unterstützung beim Abbau der „technologischen Schulden“

10

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



Was haben wir bei der Modernisierung geschafft? – Das will ich auch nicht alles aufzählen, aber es sind viele Projekte gestartet: IKT-Arbeitsplatz ausgeprägt – sind wir viel zu langsam; dazu könnten wir nachher noch etwas sagen. Zur Portalanbindung: Wir haben die 115 als Basis für die OZG-Anbindung etabliert, hinzu kommt das elektronische Behördenpostfach; der digitale Antrag wird es im Zusammenwirken mit dem Servicekonto demnächst ermöglichen, mehr und mehr digitale Dienstleistungen auf den Markt zu bekommen. Die digitale Akte ist in der Planung gut vorangekommen.



Was ist in Vorbereitung? – Das können Sie nachher auch mitnehmen. Weiterentwicklung, klar, die IKT-Arbeitsplatztechnik bleibt nicht stehen. Wir haben einen Review gemacht, bei dem uns vor allem die IKT-Steuerung sehr unterstützt hat, zu den Fragen: Wo stehen wir heute bei dem Programm? Was muss anders gemacht werden? – Das Servicekonto ist in der Weiterentwicklung – das wissen Sie bestimmt –, da sind wir im Verbund mit der Dataport, da partizipieren wir auch an den Ideen der anderen Länder, die im Verbund sind. Außerdem schaffen wir es nach und nach, auch unser Information Security Management System zu erweitern.


Wichtig ist mir noch – das werden Sie mitbekommen – Folgendes: Auch wir haben mit ungefähr 14 000 Arbeitsplätzen den Windows-10-Releasewechsel vor der Brust. Da sind wir planmäßig unterwegs und zuversichtlich, alle 14 000 Arbeitsplätze in time and budget umzustellen. Ferner werden wir uns für die Stärkung der Kundenzufriedenheit einen Turnaround-Manager an Bord holen, der uns hilft – das wissen Sie sicher alle –, in der Kunden- und Serviceorientierung die nächsten Schritte zu unternehmen.

Die nächsten Schritte sind der Dialog zur nutzerorientierten Ausgestaltung aller Produkte, und wir wollen die Sichtbarkeit erhöhen, denn bisher reden wir viel zu wenig darüber, was wir im Back-End erreicht haben. Natürlich ist auch der Abbau der „technologischen Schulden“ eine große Aufgabe.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Frau Fiedler! Sie sind schon bei sieben Minuten!

**Ines Fiedler** (ITDZ; Vorständin): Gut! – Es geht noch um die Informationen zu den IT-Verfahren, zur Wirtschaftlichkeit und Finanzierung. Wir stellen Ihnen das zur Verfügung, und können gleich die konkreten Fragen beantworten. – Danke für den Hinweis!

## Betrieb verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur





- IKT-Arbeitsplatz
  - BerlinPC noch nicht alltags- und massentauglich
  - 345 von 8.725 ITIS-Arbeitsplätzen sind nach Windows 10 migriert, Stand 10.05.2019
- IKT-Basisdienste
  - 23 IKT-Basisdienste sind im Betrieb bzw. im Aufbau
  - Für die IKT-Basisdienste Vermittlung und Auskunft sowie Servicekonto sind die Verträge abgeschlossen

Nächste Schritte

- Kommunikation zur IKT-Architektur gemeinsam mit der IKT-Steuerung ausbauen
- Aufbau Monitoring und Berichtswesen

11 Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Betrieb IT-Fachverfahren



- Geschäftsprozessoptimierung vor Digitalisierung ist der richtige Ansatz
- Nur 320 von rd. 1.000 IT-Fachverfahren sind in der IT-BePla erfasst
- Betrieb von 64 IT-Fachverfahren im ITDZ Berlin
- Kooperationen öffentlicher IT-DL z.B. Verwaltungs-Cloud

### Nächste Schritte:

- Maßnahmen zur Sicherung des Betriebs der „alten“ IT-Fachverfahren auf der „neuen“ IKT-Infrastruktur treffen
- Nutzbarkeit vorhandener Lösungen in Deutschland prüfen

12

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Wirtschaftlichkeit und Finanzierung (1/2)



- Vertragliche Regelungen in jedem neuen Vertrag basieren auf einem einheitlichen Rahmen sowie Musterverträgen für bestimmte Vertragsgruppen
- Neue Preiskalkulation zu jedem neuen Vertrag
- Mittelfristig deutliche Steigerung der Wirtschaftlichkeit
- Vorher Abbau der IT-Schulden und Finanzierung der Modernisierung erforderlich
- 139 Neueinstellungen im ITDZ Berlin in 2018 (120 geplant für 2019)
- Partnermanagement des ITDZ Berlin

13

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Wirtschaftlichkeit und Finanzierung (2/2)



### Nächste Schritte

- Nachhaltige Finanzierung zur Digitalisierung sicherstellen
- Steuerungssystem mit strategischen Kennzahlen und Benchmarking etablieren
- Nachweis der Wirtschaftlichkeit im Land und im ITDZ Berlin
- Konsequentes Risikomanagement

14

Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin



## Mein Fazit

**Wer den Wandel will, muss...**

1. Digitalisierung zur Chefsache machen
2. den Mut haben, bestehende Strukturen aufzubrechen
3. und Durchhaltevermögen besitzen




15 Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der Digitalisierung in Berlin aus der Perspektive des IT-Dienstleistungszentrums Berlin


50 JAHRE IT FÜR BERLIN BERLIN ITDZ BERLIN

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Gut! – Als Nächstes Herr Bezirksbürgermeister Naumann!

**Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann** (Charlottenburg-Wilmersdorf): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ein fröhliches Hallo in die nachmittägliche Runde! – Charlottenburg-Wilmersdorf ist seit Herbst 2016 Pilotbezirk, und zwar deshalb, weil es für mich wichtig war, der Lebensweisheit „Wer sich nicht bewegt, wird bewegt“ Rechnung zu tragen.



Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
Steuerungsdienst

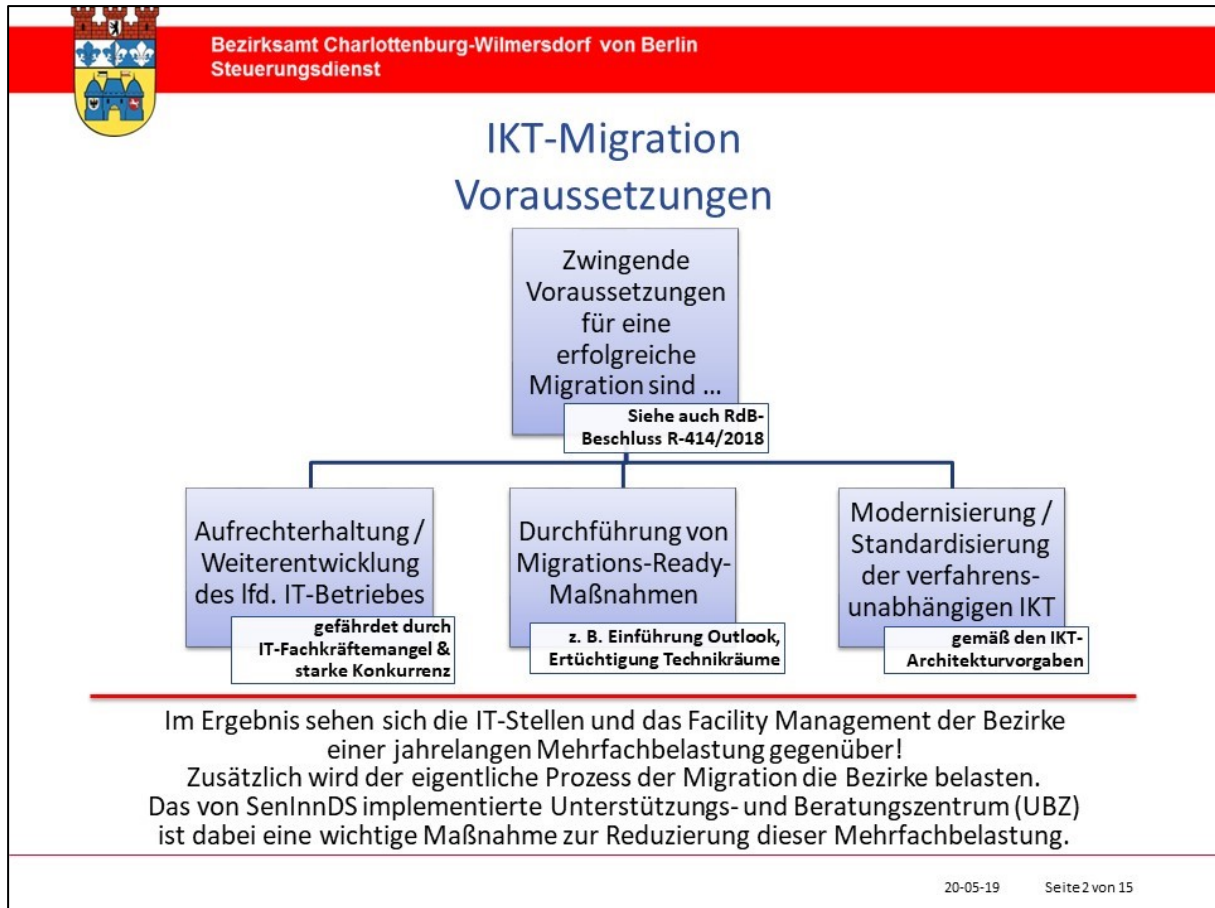


**Migration der verfahrensunabhängigen IKT zum ITDZ Pilotprojekt Charlottenburg-Wilmersdorf 20.05.2019 / KTDat**

Im Zuge des Prozesses, den das Parlament beauftragt hat, war mir, war uns in Charlottenburg-Wilmersdorf wichtig, dass wir versuchen, uns proaktiv in den Veränderungs- und Weiterent-



wicklungsprozess hinsichtlich der IT einzuklinken. Wir tun dies vor dem Hintergrund, dass in dieser Wahlperiode die IT-Stelle anders als in anderen Bezirken beim Steuerungsdienst angesiedelt wurde, also aus dem bezirklichen Facility-Management herausgelöst worden ist, weil wir in vielen Zusammenhängen mit Geschäftsprozessoptimierung und Organisationsfragen zu tun haben, und nicht allein mit baulichen und technischen Aspekten.

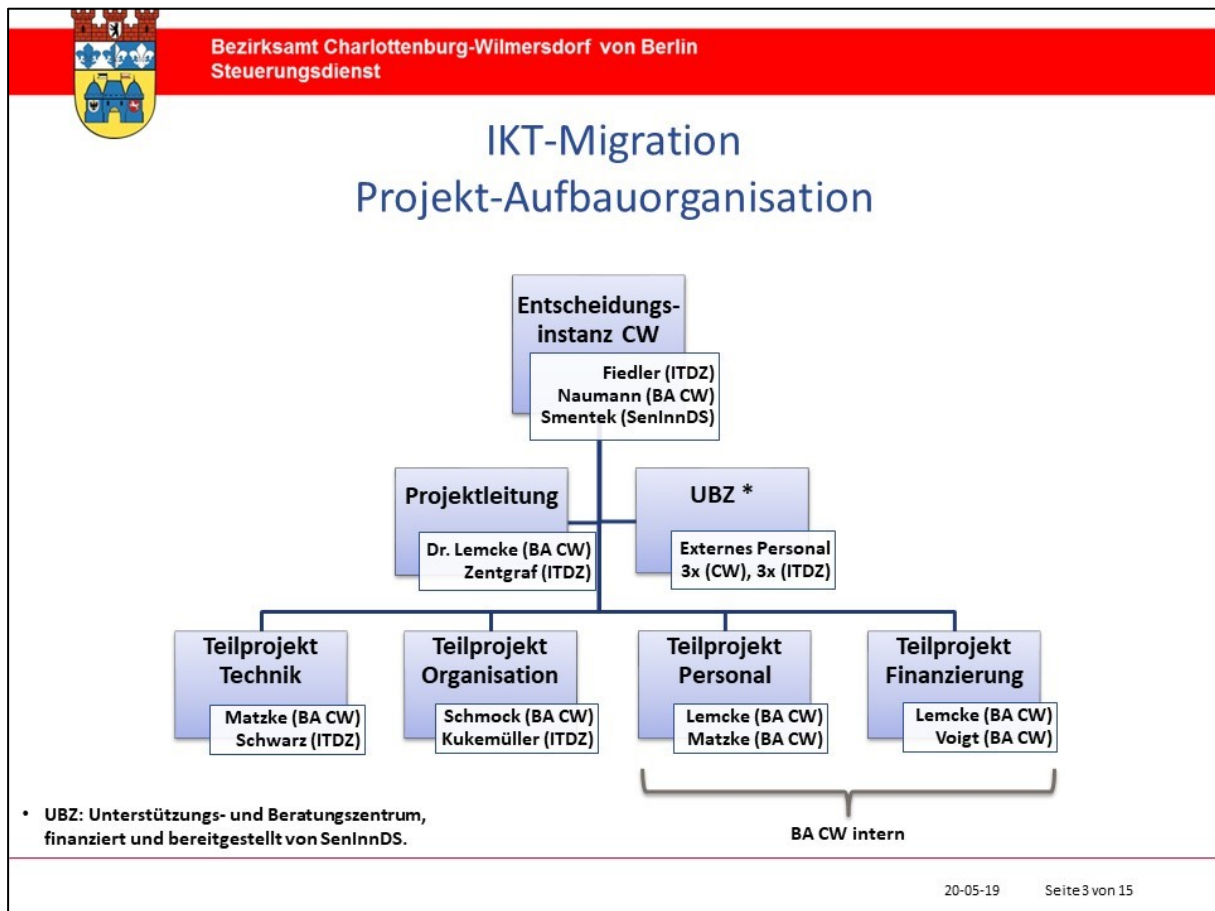


Fünf Minuten – das ist sportlich, aber wir schauen, wie weit wir kommen. Zunächst zur Seite 2: Voraussetzung für eine gelingende Migration bei der IKT sind aus unserer Sicht vor allem drei Bereiche. Zum einen geht es darum, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des laufenden Betriebes in den zwölf Bezirken wie auch in der Hauptverwaltung sicherzustellen. An anderer Stelle habe ich gerne das Tegel-Beispiel genannt: Wenn man die Zielsetzung hat, einen neuen Flughafen in Betrieb zu nehmen, dann muss man erst einmal im laufenden Betrieb auch neue Kofferbänder und Ähnliches bewerkstelligen. – Insofern ist meine Bitte an Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, beim ganzen Prozess den Betrieb an der Basis nicht aus den Augen zu verlieren.

Parallel dazu steht die Durchführung der sogenannten Migrations-Ready-Maßnahmen, und das im Rahmen der Architekturvorgaben Modernisierung, Standardisierung der verfahrens-unabhängigen IKT. Dass wir da auch Risiken – Stichwort: Fachkräftemangel – ausgesetzt sind, wissen Sie, sodass ich das hier nicht vertiefen muss. Auf den Punkt gebracht: Im Ergebnis sehen sich die IT-Stellen und das Facility-Management aller zwölf Bezirke einer jahrelangen Mehrfachbelastung gegenüber. Es ist eine fortwährende Herausforderung, ein Prozess, der

uns intensiv fordert. Aber auch hier gilt: Die Bezirke sind dort unterschiedlich unterwegs, unterschiedlich aufgestellt. Wir als Pilot stehen zweifelsohne an der Spitze der Bewegung.

Zusätzlich ist ganz klar: Der Prozess der Migration ist eine Belastungssituation für alle Bezirke. Deswegen sind wir dankbar dafür, dass Frau Staatssekretärin Smentek angestoßen hat, dass das Unterstützungs- und Beratungszentrum UBZ uns dabei intensiv unterstützt. Da sind wir auf einem guten gemeinsamen Weg.



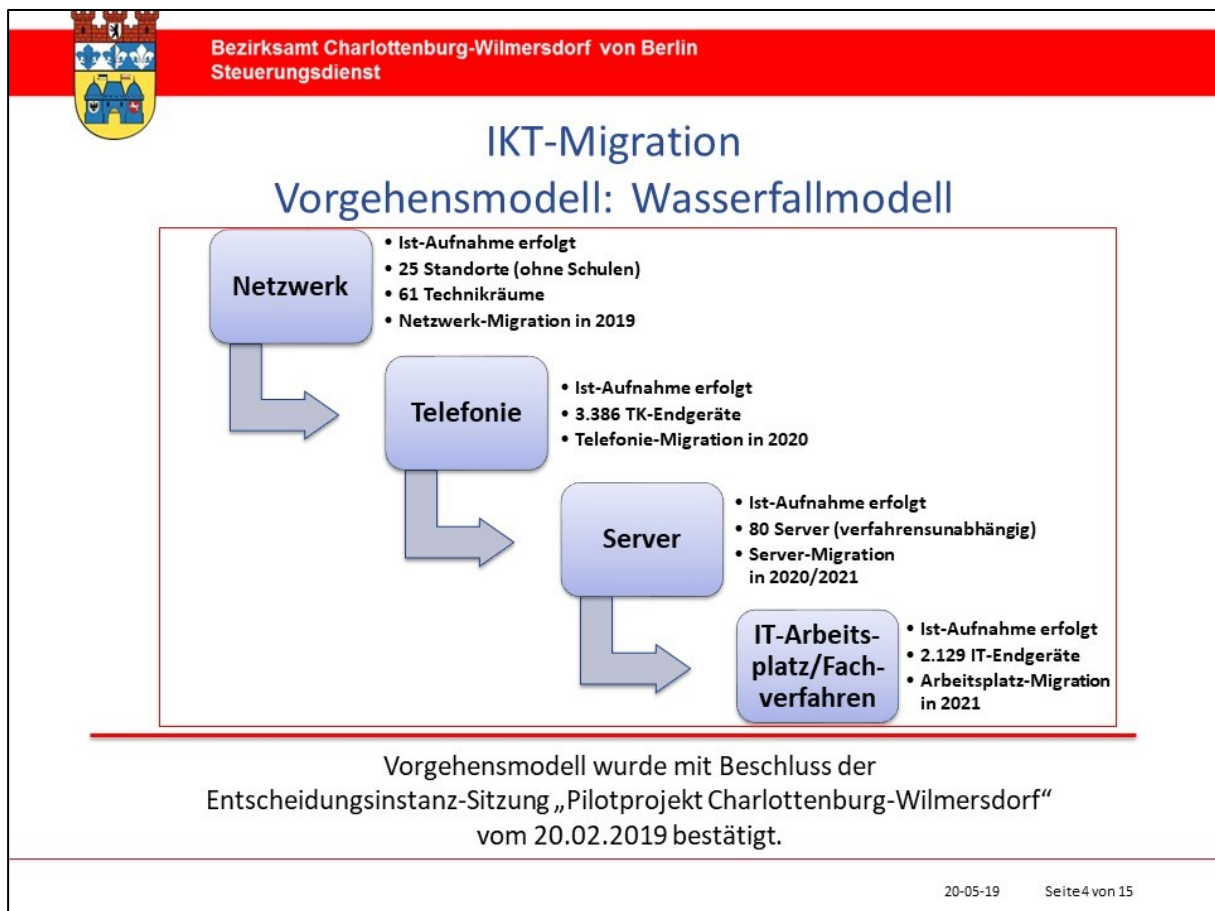
Wir kommen zu Seite 3: Bezogen auf die Projektaufbauorganisation ist anzumerken, dass es eine Entscheidungsinstanz gibt: Frau Fiedler, Frau Smentek und meine Wenigkeit – wir sind da die Verantwortlichen. Dann gibt es eine Projektleitung aus dem ITDZ, und der Leiter des Steuerungsdienstes Herr Dr. Lemcke ist in der Verantwortung. Das gerade erwähnte UBZ ist inzwischen Teil dieser Aufbauorganisation; das war am Anfang noch nicht dabei. Inzwischen sind die externen Berater bei uns angekommen., und auf der Seite des ITDZ sehen wir in Kürze da dann auch Landgewinnung.

An dieser Stelle müssen wir kritisch anmerken, dass das eine gewisse Zeit gedauert und zwischenzeitlich zu einem Hänger geführt hat, aber da starten wir jetzt wieder voll durch. Charlottenburg-Wilmersdorf hat vier Teilprojekte benannt. – Das bitten wir Sie zu verinnerlichen, denn es geht nicht alles gleichzeitig; ansonsten verliert man sich in der Aufgabe. Wir haben ein Teilprojekt Technik, ein Teilprojekt Organisation, ein Teilprojekt Personal und ein Teilprojekt Finanzierung definiert; letztere beiden Projekte sind bezirksamtsintern.



Damit Sie nicht allein meine zarte Stimme vernehmen, übernimmt die nächsten Seiten Herr Dr. Lemcke.

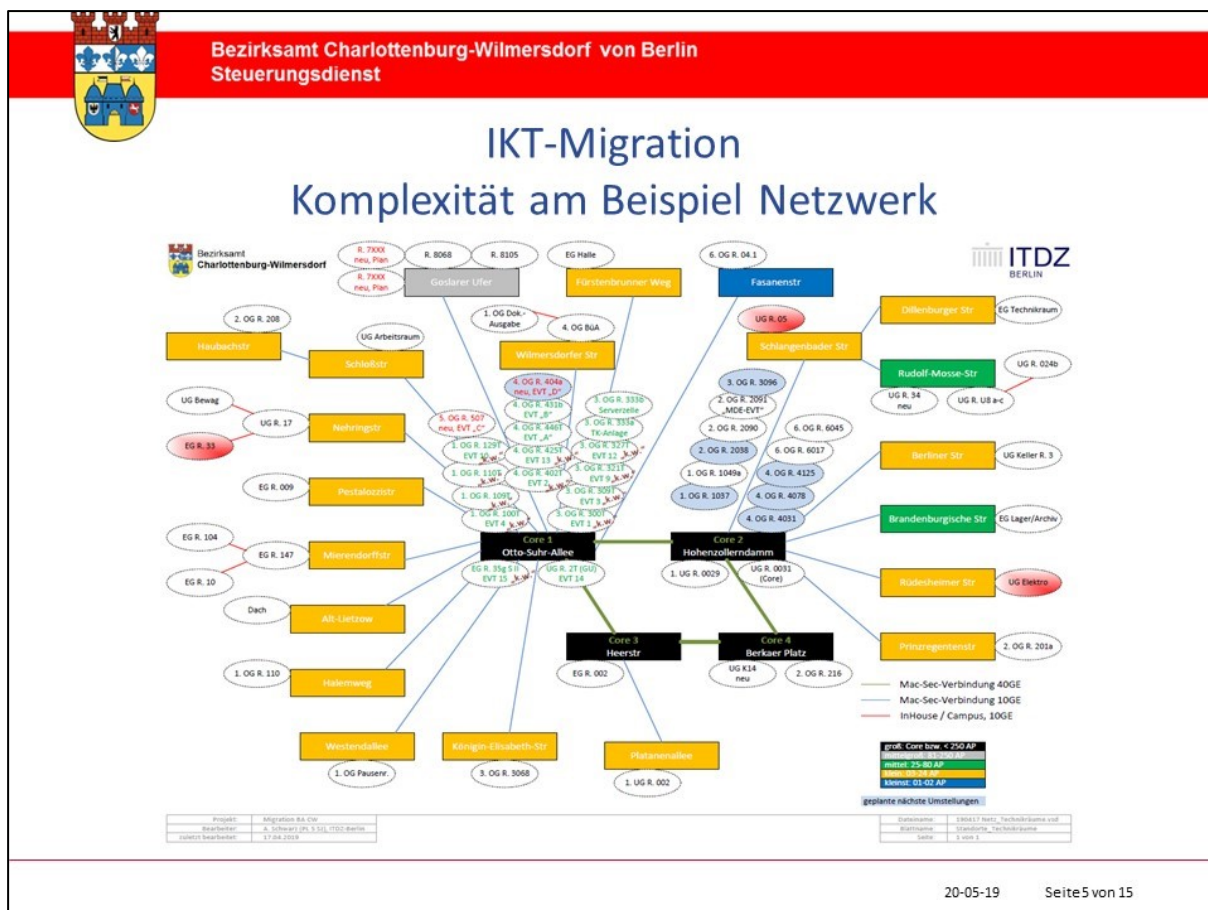
**Dr. Holger Lemcke** (Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf): Sehr geehrte Damen und Herren! Wie gehen wir vor im Rahmen der IKT-Migration? – Wir haben uns für ein Vorgehensmodell entschieden, das in der Literatur zum Prozessmanagement als Wasserfallmodell bekannt ist – Seite 4. Das heißt, wir unterteilen das Migrationsprojekt in vier Bausteine: den Baustein Netzwerk, den Baustein Telefonie, den Baustein Server und den Baustein IT-Arbeitsplatz/Fachverfahren.



Für alle Bausteine haben wir mit einer Ist-Aufnahme begonnen. Diese Ist-Aufnahme hat uns und dem ITDZ wichtige Kennzahlen erbracht. Ein Beispiel: Wir müssen für 25 Standorte – darin sind noch nicht einmal die Schulen enthalten – die Netze migrieren; das umfasst insgesamt 61 Technikräume. Im Bezirksamt haben wir insgesamt 3 386 TK-Anlagen, also Telefonanlagen, Telefoniegeräte, Faxgeräte. Außerdem haben wir ungefähr 80 Server und mehr als 2 000 IT-Endgeräte. – An den Zahlen sehen Sie schon, dass eine Migration ein sehr, sehr großes, komplexes Projekt ist, das wir gemeinsam mit dem ITDZ zu bewältigen gedenken.

Wir werden jetzt mit der Netzwerkmigration anfangen. Der Startschuss dazu wird am Mittwoch erfolgen; dann werden wir den ersten Technikraum umstellen. Über die Jahre werden


wir schließlich die Telefonie, die Server und die IKT-Arbeitsplätze umstellen. Warum haben wir mit Netzwerk begonnen? – Weil die Netze die Grundstruktur für Fachverfahren, für Server und Ähnliches darstellen. Dieses Wasserfallmodell war ein Ansatz, um das praktikabel zu machen. Dieses Vorgehensmodell wurde von der Entscheidungsinstanz-Sitzung, die Herr Naumann vorgestellt hat, am 20. Februar bestätigt.



Um Ihnen die Komplexität bewusst zu machen, ist hier einmal die Netzwerkspinnne des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf dargestellt – Seite 5. Das betrifft nur das Netzwerk – ohne Schulen –, nur die Technikräume. Auf die Farben und die Struktur will ich gar nicht eingehen; Sie sollen nur einen Eindruck gewinnen, welche Komplexität wir gemeinsam mit dem ITDZ und den IT-Stellen unseres Bezirks und anderer Bezirke zu bewältigen haben. – Jetzt übernimmt wieder Herr Naumann.

**Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann** (Charlottenburg-Wilmersdorf): Seite 6 – Erfahrungen mit dem Pilotprojekt und weitere Vorgehensweise: Das gewählte Vorgehensmodell, Wasserfallmodell, mit den Eigenschaften einer strukturierten – und das ist ganz wichtig zu unterstreichen – Step-by-step-Vorgehensweise unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen, mit einer klaren Abgrenzung der einzelnen Migrationselemente wie gerade beschrieben, mit der Einführung von standardisierten Geschäftsprozessen – nach unserer Erfahrung ein ganz, ganz entscheidender Punkt –, Dokumenten und Systemen ist erforderlich. Ganz wichtig ist ebenso: Erst die Migration, dann die Betriebsübernahme! – Das hat sich in unserem Pilotprojekt bewährt und führt vor allem – und das ist ganz wesentlich, wenn man die Leute mitneh-

men will – zur Akzeptanz und Motivation der Beschäftigten, die das nun einmal wuppen müssen. Was helfen am Ende eine politische Führung und ein motivierter, kompetenter Steuerungsdienstleiter, wenn die nachfolgenden Einheiten auf der Strecke bleiben?



**Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**  
Steuerungsdienst

## IKT-Migration

### Erfahrungen Pilot-Projekt / weitere Vorgehensweise

**1. Erfahrungen aus dem Pilot-Projekt**

- Das gewählte Vorgehensmodell (Wasserfallmodell) mit den Eigenschaften
  - strukturierte, step-by-step-Vorgehensweise unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen,
  - klare Abgrenzung der einzelnen Migrationselemente (Netze, Telefonie, Server, Arbeitsplatz),
  - Einführung von standardisierten Geschäftsprozessen, Dokumenten und Systemen,
  - erst Migration, dann Betriebsübernahme,

hat sich im Pilot-Projekt bewährt und führt zur Akzeptanz und Motivation der Mitarbeiter/innen.

- Vorgehensmodell vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf ist als „Blaupause“ auf andere Behörden übertragbar! Dabei ist zu beachten, dass eine Migration nur gelingen kann, wenn alle Beteiligten kontinuierlich kooperieren.

**2. Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise im Land Berlin ab I. Quartal 2020 auf Basis der Blaupause**

- Beginn der Netzwerk-Migration von drei weiteren Bezirksämtern und einer Senatsverwaltung.
- Beginn der Telefonie-Migration des BA CW als zweiten Schritt des Wasserfallmodells.
- In Zukunft: Schrittweise Durchführung der Migration aller Behörden nach dem Wasserfallmodell.

20-05-19 Seite 6 von 15

Es ist eine klare Ansage: Das Vorgehensmodell von uns ist als Blaupause – und darum geht es heute; auch deshalb sitzen wir hier zusammen – auf andere Behörden übertragbar, allen voran die anderen elf Bezirke. Dabei ist zu beachten, dass eine Migration nur dann gelingen kann, wenn alle Beteiligten kontinuierlich kooperieren – auf Augenhöhe und mit offenem Visier.

Unser Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise im Land Berlin ab dem ersten Quartal 2020 auf der Basis dieser Blaupause: Es sollte mit der Netzwerkmigration von drei weiteren Bezirksämtern und einer Senatsverwaltung begonnen werden. Bereits im letzten Jahr haben wir intensiv zusammengesessen mit den Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeistern von Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg; die stehen gleichsam in den Startlöchern. Das war auch seinerzeit der Zeitpunkt, wo wir den Beschluss – mit Frau Smentek und deren Bemühungen, auch an der Schnittstelle zum ITDZ mit Frau Fiedler – im Rat der Bürgermeister auf den Weg gebracht haben. Als wir den erarbeitet haben, haben wir aus Sicht der Bezirke gefragt: Was ist da notwendig und wichtig? – Bei uns ist es der Beginn der Telefonie-Migration als zweiten Schritt des Wasserfallmodells. In Zukunft soll dann schrittweise die Migration aller Behörden nach dem genannten Modell durchgeführt werden.

Das ist ein Erkenntnisgewinn, der auf dieser Seite abgebildet ist – das können wir überspringen –, der unbedingt übertragen werden sollte.


The slide features a red header with the logo of the Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf and the text 'Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin Steuerungsdienst'. The main title is 'IKT-Migration' and the subtitle is 'Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise im Land Berlin'. The diagram consists of four blue downward-pointing chevrons, each labeled with a category: 'Netze', 'Telefon', 'Server', and 'Arbeitsplatz \*'. To the right of each chevron is a white box containing a bulleted list of entities: 'Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf', 'Weitere Bezirksämter ..., Senatsverwaltungen ...', and 'Sonstige Behörden ...'. Below the chevrons, a red horizontal line is followed by the text: 'Vorgehensmodell vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf ist als „Blaupause“ auf andere Behörden übertragbar!'. At the bottom right, the date '20-05-19' and 'Seite 7 von 15' are displayed.

Bis wir zu dem Punkt kamen, den wir Ihnen heute so klar vortragen können, gab es auch Sidesteps. Unter dem Strich ist das – auch mit dem neuen Abteilungsleiter Herrn Sattler bei Frau Smentek – jetzt so besprochen. Das soll die Marschrichtung sein. Die anderen elf Bezirke, allen voran die drei gerade genannten, warten darauf, dass es dafür grünes Licht – mit Ihrer Unterstützung, also seitens des Parlaments – gibt. – Nun die nächste und abschließende Folie, Herr Vorsitzender! – Dafür übergebe ich wieder an Herrn Lemcke.

**Dr. Holger Lemcke** (Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen, dass die Erfahrung mit dem ITDZ im Rahmen des Pilotprojekts durch eine sehr gute, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Auf Arbeitsebene haben wir eine Doppelung der Strukturen: Stets besetzen Mitarbeiter des ITDZ und Mitarbeiter des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf einen Baustein wie beispielsweise das Technikprojekt. Diese Form der Kooperation hat sich bewährt. Das heißt, es ist eine sehr gute Zusammenarbeit.

Das ITDZ und das Bezirksamt haben sich auch deshalb für den Piloten entschieden, weil sie sehen wollten: Was kann man verbessern? Was sind die Erfahrungen? – Ich habe Ihnen hier einige Punkte aufgeschrieben, die das Verbesserungspotenzial der Zusammenarbeit von uns und dem ITDZ darlegen.





**Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**  
Steuerungsdienst

## IKT-Migration

### Erfahrungen mit dem ITDZ / Wünsche an das ITDZ

Die bisherige Zusammenarbeit mit dem ITDZ ist im Rahmen des Pilot-Projektes durch eine gute, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gekennzeichnet.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit dem ITDZ benennt das BA CW folgende Verbesserungsvorschläge / Optimierungswünsche an das ITDZ:

- (Politische) Rahmenbedingungen, Verwaltungsstrukturen und Ressourcen der Migrationsbehörden kennen und beachten.
- Migrationsprojekt primär als Organisations- und Personalprojekt begreifen und somit nicht die Technik in den Vordergrund stellen.
- Nachweis von ausreichenden Betriebsressourcen & internem Know-how vor Betriebsübernahme.
- Zukünftige Standardprodukte, z. B. Berlin PC, bei ausgewählten Behörden unter realen Bedingungen erproben.
- Aufbau von belastbaren Serviceprozessen, die unter realen Bedingungen vorab getestet werden.
- Konsequenterer Steuerung von externen Beratern und Firmen, die das ITDZ unterstützen.
- Aufbau von Migrationsteams im ITDZ, je zu migrierende Behörde ein Team.
- Migrationsreadiness und Standardisierung sollten die realen Gegebenheiten und finanziellen Spielräume des Landeshaushaltes beachten sowie auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sein.
- Adressatengerechte Informations-/Kommunikationspolitik betreiben, Fachchinesisch vermeiden.

20-05-19 Seite 8 von 15

Ich möchte nicht auf alle Verbesserungswünsche eingehen. Ich will nur als ein Beispiel nennen, dass wir dann dem ITDZ anbieten, dass zukünftige Standardprodukte wie der Berlin-PC 2.0 gerne im Bezirksamt getestet werden können, also unter realen Bedingungen mit 200, 300 Fachverfahren auch einer Belastungsprobe ausgesetzt sind, genauso belastbare Serviceprozesse. Das Pilotprojekt hat den Charakter oder die Idee, das alles einmal zu testen, ehe wir zu einem Rollout kommen in weiteren Bezirken, deshalb ja auch „Blaupause“. Deshalb nennt man Pilotprojekte auch Pilotprojekte. – Sehr geehrte Damen und Herren! Damit schließen wir, die fünf Minuten sind erreicht.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihren ausführlichen Vortrag und Ihre einleitende Stellungnahme! – Wir kommen jetzt zur Aussprache nach der Reihenfolge der Wortmeldungen. – Herr Ziller, bitte!



**Stefan Ziller** (GRÜNE): Vielen Dank! – Auch vielen Dank für die verschiedenen Erfahrungen, die Sie in den letzten Jahren gemacht haben! Ich glaube, es ist gut, dass wir jetzt nach zweieinhalb, drei Jahren einmal Bilanz ziehen und überlegen, wie es weitergeht. Ich habe Verständnis, dass nicht alles so klappt, wie man sich das vorstellt, aber ich bin ein wenig unzufrieden mit dem Tempo und will gleich Ihren Abschlussvorschlag aufnehmen. Ihr Vorschlag ist, dass Sie noch zwei oder zweieinhalb Jahre brauchen, um in Charlottenburg-Wilmersdorf Ihre Migration zu vollziehen, sprich: am Ende fünf Jahre, um die Rechner umzustellen. Wenn ich mir das Tempo für alle anderen Berliner Verwaltungseinheiten auch nur vorstelle, weiß ich, dass wir die Rechner zu einer Zeit umgestellt haben werden, wo man möglicherweise gar keine Arbeitsplatzrechner mehr hat.

Insofern sollten wir ehrlich damit umgehen und uns fragen: Wie kann so ein Pfad weitergehen? Wie kann man das E-Government-Gesetz umsetzen, um an der Stelle auch handlungsfähig zu sein? Die Frage, die sich anschließt: Haben Sie im Rahmen Ihrer Migration über mobiles Arbeiten nachgedacht? Welche Rolle spielt das in dem Migrationsprozess? Meine These ist: Mobiles Arbeiten wird Stück für Stück auch in der Berliner Verwaltung Einfluss nehmen. Auf welchem Wasserfallschritt ist bei Ihnen mobiles Arbeiten? Ist das dann der fünfte Schritt, der ab 2021 eingepflegt wird, oder wird das parallel zu dem Wasserfall einfach ein immer größerer Anteil werden und möglicherweise die Arbeitsplatzrechner eh verdrängen?

Eine Frage zum Netzwerk: Ist bei Ihnen im Netzwerk die Verkabelung mitgedacht? Auf welche Hürden sind Sie dabei gestoßen, um auf eine gute Bandbreite zu kommen an allen Arbeitsplätzen, oder ist das noch eine Aufgabe, die zusätzlich kommt? – Ich glaube, im letzten Haushalt hatten wir mal gefragt, ob eine Investition in Breitband nötig ist, um auch die Datenraten, die vielleicht in fünf Jahren nötig sind, jetzt mitzudenken. Das wäre eine Frage.

Dann eine Frage an das ITDZ, weil sie vorhin übersprungen wurde: Wie viel Leistungsvolumen ist denn inzwischen schon nach dem E-Government-Gesetz über den Einzelplan 25 bei Ihnen bestellt? Wie viel ist sozusagen weiter noch Ausnahmegenehmigung über die verschiedenen – – Dass man noch einmal ein Volumen vom Einzelplan 25 bekommt. Wie weit sind wir da? Wie viel wird dann doch wieder in andere Einzelpläne abgegeben? – Auch noch einmal an das ITDZ: Wenn Sie sich etwas wünschen dürften auf so einer grünen Wiese, an welchen Stellen würden Sie sich wünschen, mehr Verantwortung für den Umsetzungsprozess des E-Governments zu bekommen? Aus dem Bezirk war vorgeschlagen: Der Bezirk behält alles in der Hand, bis es migriert ist, und gibt dann den Betrieb über. Dazu würde mich Ihre Perspektive interessieren.

Als letzte Frage, zumindest für die erste Runde: Wir werden jetzt alle Rechner im Land Berlin in diesem Jahr einmal anfassen, um sie auf Windows 10 abzudaten, zumindest dann, wenn alles regulär funktioniert – ungefähr in diesem Jahr, sage ich mal. Was würde aus Sicht des ITDZ nötig sein, also was an Informationen wäre gut, die man am Ende des Jahres über alle Arbeitsplätze der Berliner Verwaltung hat, um das, was Sie jetzt in zwei, zweieinhalb Jahren in Charlottenburg-Wilmersdorf gemacht haben, zu bekommen, also eine Bestandsaufnahme, um am Ende des Jahres sagen zu können: „Wir haben jetzt eine Bestandsaufnahme, die so belastbar ist, dass wir dann für 2020, 2021, 2022 tatsächlich auch einen Handlungsplan ableiten können“? Gibt es so etwas schon, oder ist das mit der IKT-Steuerung in Absprache, denn diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Als Nächste Frau Dr. Brinker!

**Dr. Kristin Brinker (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die sehr interessanten, kurzen Berichte. Ich habe Nachfragen zum Thema „befristete Ausnahmen als Übergangslösung“. Können Sie das einmal an einem Beispiel verifizieren und darstellen, was das tatsächlich bedeutet, warum Befristung, für wie lange? Und können Sie einen Zeitrahmen nennen, für wie lange solche Befristungen dann eingestellt werden?

Dann auch an das ITDZ eine Verständnisfrage zum Thema Servicekonto: Wenn ich das richtig verstehe, ist das Servicekonto die Basis für alle anderen Anwendungen. In einer der Folien stand, dass das Servicekonto noch verändert bzw. bearbeitet wird. Können Sie das erklären? Was ist da genau der Punkt? Welche Änderungen sind da noch nötig?

Dann noch eine Nachfrage an den Bezirk: Wie viele Fachverfahren müssen vom Bezirk migriert werden? Wie viele Fachverfahren haben Sie im Bezirk? Wie aufwendig stellt sich eine Migration tatsächlich dar? – Oftmals kursiert die Annahme, dass sich, wenn man gerade technische Neuerungen einführen möchte, die Mitarbeiter damit sehr schwer tun. Wie sind denn da Ihre Erfahrungen aus dem Bezirk? Wie konnten Sie die Mitarbeiter motivieren, sich positiv der ganzen Technik zu stellen? Wie ist im Moment, zum jetzigen Zeitpunkt, die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich auf das ganze Thema einzulassen?

Dann habe ich eine Frage an beide, sowohl den Bezirk als auch das ITDZ: Das geht so ein bisschen in die Richtung, was Herr Ziller gefragt hat. Was sind denn ganz allgemein die positiven Erfahrungen, wo Sie sagen: Das hat super geklappt. Wunderbar, das kriegen wir so gut hin! –, und wo hakt es tatsächlich am meisten? Was sind denn die negativen Erfahrungen aus Ihrer Sicht? Wo sind die Probleme am größten? Wo müssen Sie am meisten an Stellschrauben drehen, um das weiter auf den Weg zu bringen?

Die letzte Frage ist eine haushalterische Frage: Wie ist es denn mit der Kostenkalkulation? Wenn man so ein Projekt auf die Beine stellt, muss man eine Idee haben, wie teuer das Ganze wird. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht in Bezug auf die Frage: Konnten wir die Kosten einhalten, die wir uns so gedacht haben, oder gibt es große Sprünge nach oben oder vielleicht auch nach unten? – Vielleicht ist es billiger geworden, was ich aber nicht glaube, aber man weiß ja nie. Wenn Sie uns dazu Ihre Erfahrungswerte mitteilen könnten, wäre das wunderbar. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann hat jetzt Herr Schulze das Wort. – Bitte!

**Tobias Schulze (LINKE):** Danke schön! – Auch danke schön für Ihre Ausführungen! Das ist spannend, und ich glaube, wenn man sich die Dimension einmal bewusst macht, dass wir das größte IT-Projekt vielleicht Europas vor uns haben mit einer extremen Komplexität und 20 Jahren Investitionsstau, oder wahrscheinlich eher 25, dann ist es mit einer so kurzen Anhörung nicht so richtig gut beschrieben. Ich hätte mir gewünscht, dass Frau Fiedler ihre Präsentation noch zu Ende machen kann, aber vielleicht schicken Sie uns die, dann können wir noch einmal nachlesen.

Wir haben mit dem ITDZ – an Frau Fiedler die Frage – als zentralem Dienstleister bewusst eine bestimmte Entscheidung getroffen, nämlich dass wir eine zentral steuernde Institution

quasi an der Spitze dieses Prozesses oder in der Umsetzung dieses Prozesses haben. Vielleicht könnten Sie noch einmal beschreiben, wie Sie sich derzeit als Dienstleister sehen. Das ITDZ hatte nicht immer den besten Ruf in der Verwaltung in der Vergangenheit und soll jetzt, damals zum Erschrecken vieler, die zentrale Rolle übernehmen in dem Prozess. Vielleicht können Sie noch einmal beschreiben, wie Ihr Stand ist, was das Personal, Ihre Servicezeiten und insgesamt den Kapazitätsaufbau angeht, weil wir natürlich wissen, wenn 80 000 oder wie viele Rechner umgestellt und zentral administriert werden sollen, dann hat das einen riesigen Kapazitätsaufbau als Voraussetzung, sonst funktioniert die ganze Sache nicht. Vielleicht könnten Sie auch sagen, welche Erfahrungen die Behörden gemacht haben, die schon migriert sind, also zusätzlich zum Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, z. B. die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, wo mich als Wissenschaftspolitiker besonders interessiert, ob das funktioniert oder nicht.

Eine letzte Frage: Wie sehen Sie die Zukunft, was die Migration angeht? Können Sie aus Ihrer Sicht einschätzen, dass wir da eher eine Beschleunigung erfahren, also dass es irgendwann auch mal Skaleneffekte gibt mit dem Berlin-PC, oder ob das sozusagen holpern wird.

An den Bürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, Herrn Naumann, hätte ich die Frage, wie es aus seiner Sicht mit der Infrastruktur aussieht. Wir haben jetzt erfahren, dass es erst einmal eine Bestandsaufnahme gebraucht hat und dass viele Gebäude und Räume nicht in dem Zustand waren, in dem man sie so locker an das Landesnetz anschließen bzw. entsprechende Breitbandanschlüsse dort herstellen konnte, und auch Service- und Technikräume usw. nicht auf dem Stand waren, wie wir es erwartet hatten, und dass auch deswegen eine Verzögerung eingetreten ist. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, welche Rolle der bauliche und auch sonstige Zustand der Dienstgebäude spielt, denn das gehört auch zum Thema Investitionstau dazu. – Danke schön!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann hat Herr Schlömer als Nächster das Wort. – Bitte!

**Bernd Schlömer (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Einige Fragen wurden schon von meinen Kolleginnen und Kollegen geäußert. Wenn ich in einer Powerpoint-Präsentation Sätze lese wie: „hat sich im Pilotprojekt bewährt“, „wir loben die konstruktive Zusammenarbeit“, mutmaße ich immer, dass der Projektfortschritt noch nicht so weit gediehen ist, weil man erst einmal das gute Klima lobt. Nun ist es aber so, dass wir im August 2016 ein Gesetz beschlossen haben. Das ist in der alten Legislaturperiode beschlossen worden. Die Freien Demokraten waren zu der Zeit nicht im Abgeordnetenhaus. Mich würde wesentlich interessieren, welche konkreten Stände erreicht worden sind. Es sind Rollen definiert worden. Das ITDZ ist der zentrale Dienstleister für die IKT-Steuerung der Berliner Verwaltung. Dazu sind Projekte auch vertraglich zu definieren. Es sind Zuständigkeiten für die verfahrensunabhängige IKT abzuschließen. Wie viele Projekte gibt es denn da? Wie viele haben Sie denn konkret abschließen können zweieinhalb oder fast drei Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes? – Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage schließt sich an Frau Dr. Brinker an. Es zeigt sich, bei IT-Projekten übersteigt das geplante Haushaltsvolumen meistens bis zu 400 Prozent der tatsächlichen Ansätze. Wie sind Ihre Erfahrungen derzeit? Können Sie diese Zahl bestätigen? Inwieweit sind Ihre Haushaltsmittelanmeldungen für die nächste Budgetperiode dann auch ausreichend kalkuliert worden angesichts der hohen Kosten für solche IT-Projekte?

Meine dritte Frage richtet sich an den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Mir geht es insbesondere um den Digitalpakt, der beschlossen worden ist. Ich bin etwas irritiert über die Vorgehensweise im Land Berlin. Meiner Meinung nach müssten zentrale Bedarfsanforderungen, die letztendlich standardisierte Vorgaben enthalten, getätigt werden, auf deren Basis dann Berliner Schulen ihre Bedarfe anmelden können. Wie ist denn im Bereich des Digitalpakts der Schulen die Zusammenarbeit mit dem ITDZ Berlin? Wie begegnen Sie der Herausforderung, den Digitalpakt Berlin umzusetzen, denn Sie haben ja die bezirkliche Verantwortung? Ich vermute, dass dort ein gigantisches Chaos droht, wenn jede Schule für sich selbst definiert, was sie an technischer Infrastruktur benötigt. Hier würde ich mir sehr gerne eindeutige Antworten wünschen, wie der Stand des Verfahrens ist. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann als Nächster Herr Kollege Kohlmeier – bitte!

**Sven Kohlmeier (SPD):** Danke schön, Herr Vorsitzender! – Danke schön an die Kolleginnen und Kollegen Experten! Ich gebe zu, dass ich bei dem Thema echt irre werde. Sie wissen, dass ich das E-Government-Gesetz mit dem Kollegen Dregger gemacht habe, und wir als Politik haben immer die Vorstellung, dass, wenn man etwas in ein Gesetz reinschreibt, es passiert. Ich verrate kein Geheimnis – wir haben auch Anhörungen dazu gehabt, Frau Fiedler war ebenfalls dabei –, dass meine Erwartungshaltung im Land Berlin nicht war, dass wir uns, wenn man da 31.12.2022 reinschreibt, am 30.12.2022 abklatschen, eine Flasche Sekt aufmachen und sagen: Nicht schlecht! Da hast du etwas ins Gesetz reingeschrieben, und es ist umgesetzt worden. – Insofern ist es auch so, dass Sie sagen: Es dauert noch ein bisschen, und es geht nicht so schnell, wie man es sich vorstellt. – Ich gebe zu, dass ich mir ernsthafte Sorgen mache, ob der 31.12.2022 zu halten ist.

Ich habe Ihre Powerpoint-Präsentation sehr aufmerksam verfolgt. Ich fand sie auch sehr spannend. Ich habe nur nicht gehört, bei welchem Stand wir gerade sind. Wo ist eigentlich der Stand im Hinblick auf die E-Akte? – Dann gibt es verschiedene Theorien, was man wie umsetzen kann, also die Theorie, man könne möglicherweise mit dem jetzigen Stand der IT-Hardware – so nenne ich es mal – die E-Akte dann doch bis zum 31.12.2022 umsetzen. Dann gibt es andere, die sagen: Nein, man muss erst einmal die Hardware auf den Berlin-PC anpassen, und zwar in allen Bezirken, um dann die E-Akte darauf zu implementieren. – Dann gibt es den Kollegen Schlömer, der, aus welchen Gründen auch immer, mitbekommen hat, dass Windows 7 abläuft, und sich fragt: Wie wird die Migration auf Windows 10 eigentlich passieren? – Das kommt ja nun noch irgendwo zwischendrin. Das war vielleicht nicht ganz überraschend für einige, die das alles verfolgen. Im Land Berlin haben wir das schon einmal erlebt, dass eine Windows-Software ausläuft.

Ich gebe zu, dass ich bei dem, was Sie mir gerade erzählt haben, ein bisschen Angst habe, ob mein Ziel, das ich mit dem Kollegen Dregger damals formuliert habe, wirklich erreicht werden kann. Das ist vielleicht egal, weil ich 2022 hier nicht mehr sitze. Das ist so im Leben eines Politikers. Da sitzen dann andere hier und reden noch einmal zehn Jahre über die gleichen Sachen, über die der Kohlmeier schon mal gesprochen hat. Ich habe da einen anderen Ansatz und habe das Bemühen, Sie auch hier in diesem Ausschuss so zu quälen, dass ich da entweder eine valide Antwort bekomme oder in die Gegebenheit gesetzt werde, politische Entscheidungen zu treffen. Die können ganz unterschiedlich aussehen. Man kann das Gesetz ändern und kann reinschreiben: anstatt 2022 machen wir 2080 oder so. Ich kann mir Gedanken machen,

ob das ITDZ der richtige Ansprechpartner ist. Ich kann mir Gedanken machen wie der Kollege Ziller, ob die Frage IT-Hardware sich überhaupt noch stellt oder ob wir nicht mittlerweile davon wegkommen müssen und sagen: Alle bringen ihre eigenen Geräte. Auch das ist ein Weg, wo man sowieso von zu Hause aus arbeitet, weil wir nicht genug Arbeitsplätze und neue Arbeitsformen haben. – Dann brauche ich aber von Ihnen mal eine Rückmeldung, weil ich ungern in einem Zug sitze, der auf ein bestimmtes Ziel zufährt, und nicht weiß, ob der Zug das Ziel erreicht. Dann würde ich gern vorher aussteigen und einen anderen Zug nehmen wollen.

Deshalb ist meine Frage – die geht so ein bisschen in die Richtung der Frage von Herrn Schlömer –: Wo stehen wir eigentlich? Wie viele PCs sind bereits ummigriert oder im Bezirkssamt Charlottenburg-Wilmersdorf? Was ist eigentlich in den letzten drei Jahren passiert? – Mich interessiert: Wie viele Insellösungen gibt es noch? – Wir haben ins E-Government-Gesetz reingeschrieben, dass wir von diesen Königreichen in den einzelnen Bezirken wegkommen wollen, wo jeder ITler sitzt und sein eigenes Königreich hat. Wir haben gesagt: Nein, wir wollen es zentral haben. Wir wollen dafür eine Staatssekretärin, einen Staatssekretär haben. Wir wollen, dass der Monopolist im Land Berlin das ITDZ ist, und der soll das entsprechend zu vernünftigen Preisen anbieten. Deshalb stelle ich mir die Frage: Wie viele Königreiche haben wir im Land Berlin eigentlich noch, die ihre eigenen IT-Stellen haben, und wie viel ist in den letzten zwei Jahren davon zentralisiert worden?

Ich möchte gerne etwas wissen zur Integration oder Einführung der E-Akte. 100 Prozent ist auf allen Arbeitsplatzrechnern läuft eine E-Akte. Vielleicht können Sie mir in Prozent ungefähr sagen, wo wir da eigentlich heute stehen. In drei Jahren ist dann 2022, und dann müssten Sie fertig sein. Mich interessiert, wann dieser Standard-PC eigentlich eingesetzt wird, oder ob das so eine Diskussion ist, die wir einfach immer führen, und dann kommt es doch nicht, und irgendwie passiert alles anders. Mich interessiert, wie viele PCs mittlerweile auf Windows 10 umgestellt sind und ob diese Umstellung auf Windows 10 entweder die Einführung der E-Akte oder die Migration und die Hardware-Migration stört, und wenn ja, in welchen Fällen. Mich interessiert schlussendlich, ob das ITDZ sowohl personell als auch wirtschaftlich in der Lage ist, diese Herausforderung zu stemmen.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Als Letzter Herr Stettner!

**Dirk Stettner (CDU):** Vielen Dank für die Ausführungen! – Ich stelle zunächst einmal fest, dass wir, wenn wir die Fragen, die bisher alle gestellt worden sind, vernünftig beantwortet haben wollen, heute wahrscheinlich ein Zeitproblem bekommen. Es sind aber alles sehr berechnete Fragen. Ich kann auch das, was Herr Ziller sagte, nur unterstützen. Wir haben ein immens großes IT-Projekt, das sicherlich seinesgleichen sucht. Dementsprechend können wir nicht davon ausgehen, dass alles eins zu eins so funktioniert wie damals, 2015, 2016, beschlossen. Allerdings erwarten wir schon eine Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung. Da schließen sich eine Menge Fragen an, die sich aus Ihrem Bericht ergeben. Die gehen im Grunde alle auch an den Senat, denn für mich ist der Senat dafür zuständig, Gesetze umzusetzen und auszuführen und sich dafür die Dienstleister zu suchen, die das zu machen haben, und das zu kontrollieren. So gesehen sind alle diese Fragen auch an den Senat gerichtet.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie jetzt drei Jahre für Cha-Wi gebraucht und wollen weitere zwei Jahre dranhängen. Wenn ich das falsch verstanden habe, sagen Sie mir



das bitte. Ich komme zu dem Ergebnis, ohne jetzt die Sorgen von Herrn Schlömer zu haben, dass die Kommunikation und die Kooperation gut gewesen ist und Sie die Blaupause sind für die weiteren Bezirke. Drei weitere sollen im nächsten Jahr kommen, habe ich verstanden. Ich sage mal, die zwei Jahre obendrauf brauchen die nicht, denn sie haben eine Blaupause, und vielleicht geht es in drei Jahren. Bleiben noch sieben übrig. Ich sehe hier eine Zeitschiene, die über zehn Jahre geht, oder ich habe etwas falsch verstanden. Ich gehe davon aus, dass wir in mindestens zwei Paragrafen im E-Government-Gesetz festgelegt haben, dass wir alle Abläufe der Berliner Verwaltung elektronisch durchzuführen haben, und zwar schon zu Beginn des nächsten Jahres. Aus meiner Sicht wird das in keinem Fall gehalten werden können. Ist das richtig?

Zweitens brauchen wir zur Einführung der E-Akte entsprechende elektronische Abläufe in der gesamten Berliner Verwaltung, sonst kann aus meiner Sicht die E-Akte nicht funktionieren. Dafür müssten Sie wissen, welche Fachabläufe, Fachverfahren, die es jetzt analog gibt, Sie wie umsetzen wollen. Meine Frage an Sie und damit auch an den Senat ist: Haben Sie alle Vorgaben, welche Fachverfahren wie umzusetzen sind, davon ausgehend, dass wir nicht einfach das digitalisieren, was vorher schon doof läuft, sondern darüber nachdenken, wie man es schlauer macht und das dann umsetzt, was die Voraussetzung jeder Digitalisierung sein sollte? Ist das hier der Fall? Wie viele Verfahren haben wir insgesamt, die Sie umzusetzen haben? Sind es 350 oder 1 000? Wie viele haben Sie davon, Stand heute, umgesetzt? Wie viele werden Sie Ende 2019 umgesetzt haben? Ist die Prüfung abgeschlossen, ob das jetzt analog Vorliegende auch so digital umgesetzt werden soll?

Dritte Frage: Eben sind die Kosten angesprochen worden. Ich bin ein großer Freund davon, dass wir bei Digitalisierungsprozessen nicht immer nur von Kosten sprechen, die sind ganz unvermeidlich, sondern saldieren zwischen Kosten und Nutzen. Passiert das? Gibt es eine begleitende Untersuchung – begleitend, nicht nur zwei Jahre später –, welche Effizienzgewinne wir durch die Digitalisierung in den einzelnen Bereichen erreichen? Gibt es den Versuch, das zu quantifizieren und den Kosten gegenüberzustellen? Haben wir also eine laufende Saldierung – auch eine Frage an den Senat wiederum – von Kosten und Nutzen, um damit auch in der Kommunikation nach außen Argumente zu gewinnen?

Vorletzte Frage – Mitarbeiter: Sie haben von einer guten Kooperation zwischen Bezirksverwaltung und ITDZ gesprochen, was mich sehr freut. Wie empfinden Sie das bei Ihren Mitarbeitern? Die letzte Umfrage in Bezug auf die Umsetzung des E-Government-Gesetzes im Land Berlin war eine ziemliche Katastrophe für den Senat, was die Zufriedenheit der Mitarbeiter bzw. was den Informationsstand der Mitarbeiter aus eigener Wahrnehmung heraus anging, weil sich nur 90 Prozent gut informiert gefühlt haben. Wie schätzt das der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bei seinen Mitarbeitern ein? Wie gut sind die informiert?

Letzter Punkt – der Digitalpakt: Herr Schlömer hat es bereits angesprochen. Ich will das nicht alles wiederholen, aber eine Frage an Cha-Wi: Wie ist Ihr Kenntnisstand über die technische Infrastruktur Ihrer Schulen? Es gibt Antworten dazu aus anderen Bezirken. Von wie vielen Schulen können Sie sicher sagen, was die an technischer Infrastruktur haben, wie die angeschlossen sind, wie die Rechner versorgt sind und was passieren muss, um die irgendwie vernünftig ans Netz anzudocken? Sagen Sie es mir ungefähr prozentual. – Danke schön!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann haben zunächst die Anzuhörenden das Wort, um die Fragen zu beantworten. – Zunächst Frau Fiedler – bitte!

**Ines Fiedler (ITDZ; Vorständin):** Viele Fragen! Erst einmal vielen Dank dafür! Ich glaube, sie dienen alle dazu, das, was wichtig ist, transparenter zu machen: Wo stehen wir, und was bedeutet das im Detail? – Ich versuche, mich durch die Fragen zu hangeln, und fange mit den Fragen von Herrn Ziller an. Mit dem Tempo unzufrieden sind wir auch. Ich glaube, wenn man sich anguckt, wie groß das Projekt ist, waren wir uns beim Startpunkt nicht wirklich bewusst, welche Komplexität sich dahinter verbirgt. Sie haben gefragt, in welchem Leistungsvolumen wir heute schon zentral finanziert werden. Das ist noch sehr gering, weil die Migrationserfolge ja erst mal dann mit der zentralen Finanzierung einhergehen, sprich: wenn bestimmte Behörden von uns neue Leistungen abnehmen, dann wird das zentral finanziert, das heißt, da sind wir round about erst bei 15 Prozent. Das wird wachsen, hat jetzt aber keinen Einfluss auf irgendeine Leistungserbringung, weil die Verträge, die bis dato geschlossen werden, greifen einfach. Ich glaube, da hat Frau Smentek eine sehr gute Regelung gefunden, wie das dann aus dem Einzelplan entsprechend mit den Behörden gehandhabt wird.

Würden wir gerne mehr Verantwortung übernehmen? – Im Zweifel natürlich ja, aber ich denke, wir müssen unserer Rolle als Dienstleister gerecht werden, das heißt, der Dienstleister erfüllt Verträge, der Dienstleister erbringt das, was man uns in die Auftragsbücher gibt. Nichtsdestotrotz werden wir natürlich auch häufig gefragt, was das bedeuten würde. Natürlich ist es denkbar, und das diskutieren wir auch, darüber nachzudenken, Betriebsverantwortung vorzeitig zu übernehmen und nicht zu sagen: Wir warten, so wie wir das in Charlottenburg-Wilmersdorf machen, und übernehmen Punkt für Punkt den Service –, sondern auch da gibt es eine konkrete Diskussion im Moment. Da hat die IKT-Steuerung sehr weitsichtig eine andere Vorgehensweise im Moment im Blick, die wir gerade prüfen, zu sagen: Wir übernehmen die Betriebsverantwortung. – Das würde tatsächlich mehr Verantwortung bedeuten. Das hätte den Vorteil, dass das, was wir heute erleben, Königreiche aufzubrechen, in einer anderen Art und Weise umgesetzt wird. Ob das jetzt besser oder schlechter ist, ich glaube, da gibt es viele Pros und Kontras. Ich finde aber, nachdem wir nach den ersten drei Jahren dieses Vorgehensmodell mit der Zeit nicht wirklich so hinbekommen haben, zu sagen: Da geht noch mehr –, ist auf alle Fälle zu durchdenken. Da sind wir auch aufgefordert, in den nächsten zwei, drei Wochen ein Feedback zu geben und zu sagen: Wie kann das umgesetzt werden?

Dann war die Frage: Windows 10 – Informationen zu allen Arbeitsplätzen? – Noch mal zur Aufklärung: Bei unseren heutigen Kunden, die wir in Richtung Windows 10 migrieren, haben wir die Übersichten, aber ansonsten finde ich das eine gute Idee. Man könnte, basierend auf den ersten Piloten – – müssten wir einfach mal gemeinsam besprechen, weil da die Verantwortung ja noch bei den einzelnen Behörden liegt, aber ich glaube, da müssen wir gucken, vielleicht mit Herrn Sattler, da mal zu prüfen. Also die Idee würde ich gerne mitnehmen.

Wie sieht so eine befristete Maßnahme aus? Das hatte Frau Dr. Brinker gefragt. – Ich nehme mal ein Beispiel: Man muss sich das so vorstellen: Wir haben eine Architekturliste – darauf will ich gar nicht so sehr eingehen –, da stehen bestimmte Standardkomponenten, z. B. Windows XP ist verboten. Windows 7 ist bis zum Auslaufen des Wartungsvertrags erlaubt, aber geht dann auch irgendwann in die Verboten-Phase. Oder bei Fachverfahren haben wir bestimmte Datenbanksysteme nicht mehr in Betrieb. Wenn die sehr veraltet sind, wird meistens bei Fachverfahren entschieden – gar nicht so lange, also zwei, drei Jahre, was dann auch

realistisch ist –, zu sagen: Schaffe ich es, mein Fachverfahren zu modernisieren, damit ich der IKT-Architektur gerecht werde? – Das hat den Charme, dass wir nach und nach wirklich in die Standardisierung kommen. Mich freut das als ITDZ Berlin, denn wenn ich nur noch drei verschiedene Datenbanken habe, heute sind es vielleicht noch ein paar mehr, dann brauche ich nur noch die Expertise für drei. Ich kann die auch in den Modernisierungszyklen besser betreuen. Damit wird es kostengünstiger.

Aber das bedeutet eben auch, hinzuschauen, wie wir diese Standards einhalten. Es bleibt auch eine Herausforderung, weil viele unserer Behörden Verfahren des Bundes nutzen. Da können wir jetzt nicht sagen: Berlin hat da irgendeine Architektur. – Dafür gibt es auch Ausnahmegenehmigungen. Aber das hat Frau Smentek ja gerade berichtet. Es gibt auch im Bund die Bestrebung zu standardisieren. Ich habe große Hoffnung, dass wir das mehr und mehr zusammenführen. Aber das sind so Beispiele. Manchmal werden bestimmte Sicherheitsanforderungen nicht eingehalten, wo die dann auch sagen: Das geht dann manchmal schneller. – Innerhalb eines halben Jahres wird dort aktualisiert, und dafür gibt es halt Ausnahmeverfahren. Das vielleicht so vom Verständnis her.

Dann zum Servicekonto: Warum brauchen wir dort eine neue Version? – Weil das Produkt, das wir dort von Dataport eingekauft haben, acht Jahre alt ist, und das ist ein ständiger Zyklus. Da wird sich nicht sehr viel in der Funktionalität verändern, sondern eher besser werden, also Möglichkeiten der Modularisierung, das heißt, das Produkt wird neu programmiert entsprechend moderner Programmierverfahren. Deswegen ist das etwas ganz Normales, dass man irgendwann mal sagt: Wie habe ich das verändert und erneuert? – Und davon werden wir profitieren, denn das wird modularer. Es wird mehrere Schnittstellen geben. Da sind wir heute noch sehr statisch unterwegs gewesen mit dem Produkt.

Aber das Gute ist: Dort profitieren wir auch. Da ist nicht Berlin der Anforderer und finanziert alles, sondern da sind wir sozusagen in einer User-Gemeinschaft. Das ist, glaube ich, die gute Nachricht. Da wird dann gesammelt: Was gibt es an Modernisierungsbestrebungen? Was gibt es an neuen Funktionalitäten, die gebraucht werden? Die werden dann in ein neues Produkt gegossen, und das werden wir nutzen können.

Was waren unsere positiven Erfahrungen, und wo hakt es am meisten? – Obwohl Herr Schlömer etwas anderes vermutet – ja, es geht nicht immer nur harmonisch zu in einem solchen Projekt –, aber die positiven Erfahrungen sind, wenn wir auf Kunden treffen, die sagen: Ja, wir wollen mitmachen –, und tatsächlich dann ein gemeinsames Gefühl, gemeinsam am Ziel zu arbeiten, vorhanden ist. Also in Char-Wilm, finde ich, haben wir eine ganze Menge erreicht, auch wenn sich das hier manchmal so anhört: Drei Jahre ist eine lange Zeit. – Aber da zu sagen beispielsweise: Wir finden Wege, wie wir gemeinsam neue Technik betreiben. Wir schulen. Char-Wilm übernimmt Aufträge – – Da, finde ich, ist immer positiv, dass die Leute inzwischen – das ist meine Wahrnehmung – dort angekommen sind: Wir wollen mitmachen. Wir wollen vorne stehen –, und das wird mehr. Das war am Anfang nicht so. Am Anfang haben viele zu mir gesagt, so wie Herr Kohlmeier das ausführt: Seid ihr überhaupt der richtige Dienstleister? Schafft ihr das? – Die Haltung dazu hat sich positiv verändert.

Ansonsten sind wir eher gut darin – da kann ich jetzt für das ITDZ Berlin sprechen –, wenn es um Technik geht. Das hat uns auch noch einmal Inneres auf die Fahne oder ins Buch geschrieben: Technik geht, aber bei der Organisation und der Kommunikation ist noch ganz viel Luft nach oben. Wenn die Technik steht, nutzt es uns nichts, wenn uns die Mitarbeiter bescheinigen: Das ist nicht das richtige Produkt. Das wollen wir nicht. – Ich glaube, da müssen wir hingucken: Wie schaffen wir das, Menschen mitzunehmen? –, denn wir lösen wirklich Königreiche auf.

Ich nenne einmal ein schönes Beispiel: Ich habe vorhin gesagt, wir haben unsere Netze umgestellt. Das haben wir sehr kundenorientiert gemacht. Wir haben uns entschlossen, ein Netz parallel aufzubauen und dann Standort für Standort umzustellen, immer morgens von 6.30 bis 7.30 Uhr, sodass es keine Einschränkungen gibt, mit konkret 40 Kunden im letzten halben Jahr, also wir können auch schnell agieren. Dann hat ein Bezirksamt zu uns gesagt: Nein, 6.30 Uhr ist viel zu spät. Wir würden das gerne früh machen. – Dann haben wir gesagt: Kein Problem, sind losgelaufen und wollten um 4.30 Uhr dann loslegen, denn wir machen das gerne für den Kunden. – Dann hat die IT-Stelle gesagt: Nein, also um 4.30 Uhr kann von mir noch kein Mitarbeiter da sein und aufschließen. – Man hat immer ganz viele Anforderungen an den Dienstleister, und wenn es dann konkret wird – – Das ist etwas, was wir noch schaffen müssen, dieses Mitnehmen und gemeinsam agieren, denn: Klar, wir können auch früh, wenn man uns das sagt, mit Vorlauf, aber dann erwarten wir auch, dass man bei den Anforderungen bleibt und das mit uns gemeinsam umsetzt.

Die Kostenkalkulation einzuhalten, gelingt uns leider nur teilweise. Wenn wir selber kalkulieren – wir haben ja sehr viele SIWANA-Mittel für diese Infrastrukturdinge bekommen –, da sind wir auf dem Punkt. Wenn es darum geht, die Dinge und Begehrlichkeiten vor Ort aufzunehmen, wo wir die Ist-Situation nicht genau kennen, gelingt es uns nicht so gut. Da ist, glaube ich, noch Luft nach oben, dann in gute Annahmen zu gehen, was bedeutet, Kosten so zu kalkulieren, dass wir auch das, was wir vor Ort vorfinden, gleich von vornherein mit einbeziehen. Klar, ein Preis oder eine Kalkulation bezieht sich immer darauf, dass man dann ein

Produkt verrechnet auf so und so viele User oder Arbeitsplätze, und wenn wir die Ist-Zahlen nicht genau kennen, sind die Kalkulationen manchmal auch nicht so viel wert. Dann sind es mal weniger Nutzer, dann wird es teurer. Dann sind es mehr Nutzer, dann wird es billiger, aber das ist im Moment noch eine Aufgabe.

Dann die Fragen von Herrn Schulze: Personalservicezeiten, Kapazitätsaufbau. Wo stehen wir als Dienstleister da? Was sind unsere Erkenntnisse? – Beim Personal ist es uns immerhin gelungen, in den letzten zwei Jahren round about 200 neue Leute an Bord zu bekommen. Das ist schon mal eine gute Nachricht. Warum schaffen wir das noch? – Ich glaube, auf der einen Seite, weil wir selber ausbilden, und auf der anderen Seite, weil Berlin sehr attraktiv ist quasi auch für sehr erfahrene Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr reisen wollen und die wir dann an Bord kriegen. Was wir aber schon erleben: Wir hatten bis dato eine sehr geringe Fluktuationsquote – bei 2 Prozent –, und ich erlebe jetzt mehr und mehr, dass – Die wird jetzt nicht auf 10 oder 20 Prozent steigen, aber was wir nicht kennen, ist, dass Leute zu uns sagen: Bei der Aufgabe mit den Rahmenbedingungen kann ich woanders vielleicht ein bisschen ruhiger arbeiten. – Also das ist eine Aufgabe für ein Dienstleistungszentrum, hinzugucken: Was schaffen wir für Rahmenbedingungen, dass die Kollegen uns nicht verlassen und an Bord bleiben? – So etwas kennen Sie alle: Burnout und Überlastung. Das ist bei uns echt ein Thema. Was machen wir?

Eine zweite Sache ist der Personalaufbau. Wir haben uns ja nicht vorgenommen, bei Verzehnfachung, manchmal wollen wir auch einen dreißigfachen Service anbieten, auch genauso viel Personal einzustellen. Wir wollen ja nur verdoppeln. Warum sind wir da so optimistisch? – Weil wir sehr viel Automation und Standardisierung einbringen. Das ist in dem Fall das Schlüsselwort, das uns helfen soll, dann auch noch irgendwann mit 1 200 Mitarbeitenden auszukommen. Und auch so etwas wie Kooperationsfähigkeit. Wir haben das OZG vor der Brust. Das hat Frau Smentek vorhin gerade beschrieben. Auch dort ist die Frage: Können wir als Berlin nicht etwas nachnutzen, etwas mitnutzen, was vielleicht auch dazu führt, die eine oder andere Personalkapazität nicht zu brauchen.

Wo stehen wir mit unseren Servicezeiten? – Wir haben in unseren Verträgen bestimmte Reaktions-, Wiederherstellungszeiten und Verfügbarkeiten vertraglich vereinbart. Bei den Verfügbarkeiten, gerade was den Infrastrukturbereich betrifft, stehen wir sehr gut da. Bei der Infrastruktur, die wir selber und allein betreiben – das kann man ja jetzt so schön sagen –, sind wir tatsächlich bei 99,95 Prozent. Das ist sehr gut. Wir schaffen es noch nicht ganz, wenn die Verfahren drauf sind, denn wir haben viele und häufig ältere Fachverfahren. Die betreiben wir zusammen mit unseren Kunden. Da können wir noch etwas besser werden, aber in der Summe sind wir bei 98 Prozent, also wenig Ausfallquoten – bzw. ist natürlich genau hinzugucken, wie wir das schaffen. Ich glaube, es hat damals sehr geholfen, dass wir die Cloud-Infrastruktur eingeführt haben, denn da haben Sie durch Redundanzen, durch verschiedene Technologien eine hohe Sicherheit, die uns ganz wichtig ist, weil wir davon ausgehen, dass das erreicht werden muss.

Ansonsten haben wir Reaktions- und Wiederherstellungszeiten. Ich finde das ganz lustig. Das ITDZ Berlin, und ich bin seit mehr als 20 Jahren in der IT, hat Wiederherstellungszeiten. Das habe ich als Dienstleisterin in der Wirtschaft nie abgeschlossen mit meinen Kunden. Ich finde, das ist der Wahnsinn, dass wir das tun, manchmal Wiederherstellungszeiten von vier, von acht oder von zwölf Stunden, je nachdem, wie der Kunde das vertraglich vereinbart. Das wer-

den wir jetzt standardisieren, weil wir für die verfahrensunabhängige Infrastruktur dann Standard-SLAs haben. Ich glaube aber, dass sich da fast alle Kunden verbessern werden, denn wenn ich in die Behörden gehe und frage: Wie sind denn eure SLAs? Wie lange seid ihr am Freitag da? –, dann ist da tatsächlich immer ein Gap. Wir haben auch 24/7-Services. Wir hatten letztens eine Herausforderung, eine Störung, und unsere Kollegen haben daran gearbeitet. Ganz konkret: Das LABO hat diese Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeiten nicht, und deswegen haben wir es auch nicht geschafft, das Verfahren wieder hochzukriegen.

Da ist noch viel Luft nach oben. Und wenn wir uns unsere SLAs angucken, sind wir im Schnitt bei 95 Prozent, dass wir die einhalten. Sogar bei 98 Prozent, was hohe und sehr hohe Priorität bedeutet, wo wir gucken z. B.: Was ist für uns eine sehr hohe Priorität? – Wenn wir für die Polizei, für die Justiz – – da wird dann auch sehr schnell geguckt, SLAs einzuhalten. Wo wir auch inzwischen ganz gut sind und über Jahre das schon einhalten, ist, wenn Leitungen gestört werden. Ich erzähle das immer gerne vom Rattenfraß. Es wird viel gebaut. Es wird im Moment viel an Leitungen auch zerfressen, und da schaffen wir das mit unseren Partnern. Da sind wir bei 1 000 Kilometern und 13 Mitarbeitenden. Wir machen das viel mit der Wirtschaft und sind exakt auf dem Punkt bei allen SLAs, die wir zusagen, auch in der Umsetzung und Erfüllung. Übrigens ist das auch ein Kriterium für uns als Dienstleister. Dazu gibt es Reports, Benchmarks, damit wir da auch sauber agieren. Aber klar: 100 Prozent ist ein Ziel, aber wenn wir um die 99 Prozent liegen, sind wir schon gut, denn es gibt immer mal ein Problem, wo das schwierig ist.

Das Nächste ist der Kapazitätsaufbau. Wir wären schon gerne weiter. Was ist die Herausforderung? – Das ist, Mitarbeitende zu „onboarden“. Was verstehen wir darunter? – Uns gelingt es, viele Kolleginnen und Kollegen aus der Wirtschaft neu zu etablieren. Wir haben unterschätzt, was es bedeutet, einem ITler Verwaltung beizubringen. Da haben wir jetzt neue Programme aufgesetzt, sowohl was Kommunikation und Serviceorientierung betrifft als auch ganz klassisch bei der Verwaltung, LHO, Haushaltsrecht, weil wir feststellen, wir müssen die Kolleginnen und Kollegen, die neu da sind, ob es Wissensmanagement ist oder all diese Dinge, sehr viel schneller aufnehmen und ins Doing kriegen. Da haben wir noch eine Menge an Aufgaben. Es wird besser, aber das haben wir echt unterschätzt. Es kommen ITler. Aber es wichtig, dass man auch die Branche, in dem Fall die öffentliche Verwaltung, versteht.

Erfahrungen – Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung: Ich glaube, wir sind gut gestartet, und haben dann leider sehr nachgelassen. Bei der Senatskanzlei, also in der Warschauer Straße, wo die Wissenschaftsverwaltung sitzt, hatten wir sehr lange ein Performance-Problem. Ganz offen. Das haben wir im ITDZ Berlin nicht richtig priorisiert und waren aus unserer Sicht viel zu lange damit beschäftigt, eine ordentliche Performance wieder herzustellen. Das haben wir intern ausgewertet. Ich hoffe, so etwas passiert nicht noch mal. Deshalb: Gut gestartet mit dem Umzug und dann leider stark nachgelassen. Ich hoffe, dass wir das jetzt wieder aufholen können, um dort einen ordentlichen Service anzubieten, damit die Kunden und User auch zufrieden sind.

Zukunft der Migration beschleunigen, ist das mit oder ohne Holpern möglich? – Ja, wir wollen beschleunigen, denn sonst dauert das. Ich glaube, Holpern wird nicht ausbleiben, sowohl technisch als auch bei den Mitarbeitenden, weil es teilweise große Umstellungen und Veränderungen sind. Was wir – ich glaube, da kann ich auch wieder für uns gemeinsam sprechen – gerade in der Analyse diskutieren, ist, ob wir nicht mit Behörden anfangen, die migrations-

ready sind, um vielleicht das Holpern auch ein bisschen kleiner zu gestalten. Aber das ist schon eine Aufgabe, so eine Behörde vollständig in den Betrieb des ITDZ Berlin zu übernehmen.

Dann zu Herrn Schlömer – konkrete Stände, Verträge abgeschlossen und Zentralisierung der PCs: Wo stehen wir tatsächlich bei den Aufträgen und Verträgen, die sowohl die neuen IKT-Arbeitsplätze als auch die Basisdienste und auch andere Projekte beschreiben? – Da sind wir erst mit einem Drittel vorangekommen. Ich finde, das ist zu wenig. Da sind wir uns auch einig. Da wollen wir gerade noch einmal prüfen, das zu beschleunigen. Woran liegt das? – Es liegt tatsächlich daran, immer wieder zu hinterfragen: Wie wird die Leistung ausgeprägt? – und sich anzugucken: Wie wird sie finanziert? – und am Ende dann eine Unterschrift zu geben und uns zu beauftragen. Ich glaube, da ist noch Luft nach oben. Da hätte ich mir gewünscht, wir sind weiter.

Sind die Haushaltsmittel ausreichend kalkuliert? – Das wäre eher eine Frage auch gemeinsam an Frau Smentek und Herrn Sattler. Wir machen unsere Wirtschaftsplanung natürlich entsprechend von Annahmen. Was haben wir an Erwartungen zu erbringen? – Ich kann nur ganz persönlich sagen: Ich glaube, wir haben die Herausforderung, dass Berlin und der Senat sich immer wieder die Frage stellen müssen: Was sind die nächsten Schritte? Wie schnell soll es sein – und dann wird es teurer? –, und man muss auch zu gucken: Habe ich entsprechende Haushaltsmittel langfristig allokiert? – Aus meiner Sicht ist da noch am Verständnis zu arbeiten, dass wir nicht irgendwie mal so hinkommen und sagen: IT kostet Geld –, und danach geht es wieder runter, sondern dass man sagen kann: Wir wachsen ständig. IT wird immer mehr Prozesse unterstützen, deswegen soll es nicht so sein, aber es soll wenigstens so sein. Wir erleben das mit unseren Wirtschaftsplänen und unseren Planungen, dass wir viel Feedback bekommen: Bitte, beschreib das noch mal! Warum ist es so teuer? Muss es überhaupt so viel Geld sein? – Deswegen würde ich einmal provokant sagen: ausreichend kalkuliert – nicht ganz.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Frau Fiedler! Unsere Sitzung geht normalerweise bis 17 Uhr. Deswegen will ich nur kurz auf die Zeit hinweisen. Herr Kollege Naumann möchte bestimmt auch noch etwas sagen und auch die Senatsverwaltung, und wir müssen sehen, dass wir das alles noch unterbringen können.

**Ines Fiedler (ITDZ; Vorständin):** Ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht übel. Ich hätte gerne für alle auch eine Antwort parat gehabt. Ich versuche, kurz weiterzumachen. – Herr Kohlmeier hat verschiedene Status abgefragt. Vielleicht zur Einleitung: Wir haben unterschiedliche Termine: E-Akte 2023, Digitalisierung der Projekte nächstes Jahr, und mit der Startabnahmeverpflichtung sind wir schon lange überfällig. Ich glaube, dass alle Ziele sportlich sind. Bei der Abnahmeverpflichtung haben wir uns schon auf eine Planung geeinigt, wo wir heute sagen: Migration bis 2026. Bei Windows 10 gehe ich für meinen Verantwortungsbereich davon aus, dass wir das in time and budget schaffen. Ich glaube, Frau Smentek ist für die anderen Behörden da ähnlich unterwegs mit der Taskforce, die dort initiiert wurde.

Die E-Akte: Das ist jetzt ausgeschrieben. Wir haben heute 4 000 User, die wir aus dem ITDZ heraus und aus den alten Verträgen heraus betreuen. Die ist auch lauffähig für Windows 10. Ich glaube, die letzte Applikation, die wir da umstellen, ist SIDOK für die Senatskanzlei, und dann wird das auch funktionieren. Ich bin überzeugt, das neue Produkt, das ausgeschrieben ist



und dann auch den Auftrag erhält, ist auf jeden Fall Windows-10-fähig. Wir wollen mit dem Berlin-PC natürlich auch sicherstellen, dass dann die E-Akte läuft. Ansonsten ist Ihre Frage gewesen: Läuft sie auch auf anderen Behördenrechnern? – Das müsste man die Behörden konkret fragen. Ich glaube aber, da gibt es technologische Mittel. Ich kenne nicht die Ausstattung der Behördenrechner, wo dann auch die E-Akte laufen soll, wir gehen aber davon aus, dass die Readiness bis dahin da ist.

Sind wir personell und wirtschaftlich in der Lage, die Erwartungen zu erfüllen? – Ich glaube, die Frage hatte ich schon beantwortet. Sie hatten alle viel, viel mehr Erwartungen. Bis dato erfüllen wir Ihre Erwartungen nicht – Punkt. Das ist eine Antwort auf die Frage. Inwieweit wir Programme gestartet haben, um uns sowohl personell als auch inhaltlich auf alles vorzubereiten: Ich glaube, da bleibt die Zeit nicht. Das würde ich gerne erläutern. Vielleicht können wir das auch mal persönlich machen. Da haben wir echt viel getan, und wir entwickeln uns dahin, lieferfähig zu werden, aber es ist bis heute nicht alles auf dem Punkt, das, was Sie alle erwarten, nämlich gestern schon E-Government-Gesetz umgesetzt entsprechend der Fristen. Da müssen wir weiter ertüchtigt werden.

Zeitschiene für Migration – das war eine Frage von Herrn Stettner –: 2026 steht jetzt im Raum. Das würde übrigens bedeuten, dass wir im Jahr round about 3 000 PCs ausrollen, vielleicht auch noch mehr. Wir haben heute, das ist übrigens auch eine Ertüchtigungsaktion gewesen, eine Produktionsstraße von 100 PCs am Tag. Sie können sich ausrechnen, was das bedeutet. Das haben wir jetzt auch erst erprobt. Windows 10 haben wir an einem Wochenende für 350 Kunden ausgerollt, also an zwei Tagen 350 Rechner, um das ungefähr zu sagen. Ich möchte Ihnen auch die Illusion nehmen. Wir haben dann zwar keine Migration mehr in Richtung ITDZ, aber wir werden, wenn wir dann fertig sind, den nächsten neuen Release-Wechsel haben, also es wird ein ständiges Entwickeln an IT sein, aber leichter, denn wenn standardisiert und zentralisiert ist, ist das ein einfacheres Agieren.

Kriegen wir Vorgaben für diese digitalen und elektronischen Abläufe? – Das ist von Senatsverwaltung zu Senatsverwaltung unterschiedlich. Ein paar Leute stehen natürlich vor der Tür und sagen: Hier ist ein Projekt. Hier wollen wir ein Fachverfahren machen. – Ich glaube aber, da sind die Senatsverwaltungen alle noch ganz gut beschäftigt, das zu digitalisieren. Da haben wir leider keinen Gesamtüberblick. Das ist auch im E-Government-Gesetz nicht vorgesehen, dass das zu zentralisieren ist. Schade vielleicht, da müssen wir noch mal hingucken. Da ist, glaube ich, noch Luft nach oben.

Kosten-Nutzen: Ein Effizienzgewinn in Gänze ist mir jetzt nicht bekannt. Vielleicht gibt es das, denn ich glaube, uns ist es noch nicht gelungen, für Berlin darzustellen: Das macht IT. Das bedeutet in den einzelnen Prozessen, ob es Verwaltung, Ministerium, Kommune ist, zu gucken: Was kann ich an Einsparungen damit tätigen? Deswegen hinkt es manchmal ein bisschen. Wir sehen vor allem die Kosten, aber es ist noch nicht gelungen, dort auf der anderen Seite hinzugucken. In der Wirtschaft sagt man immer: Total Cost of Ownership, von Anfang zu Ende auch zu sehen, was das bedeutet. – Das ist mir so nicht bekannt. – Jetzt mache ich Schluss, damit mein Nachbar auch noch etwas sagen kann. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Vielen herzlichen Dank! – Dann übergebe ich das Wort an Herrn Bezirksbürgermeister Naumann.

**Bürgermeister Reinhard Naumann** (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben um 15.38 Uhr mit der Anhörung begonnen. Jetzt sind es noch zehn Minuten bis 17 Uhr. Ihre zahlreichen Fragen verdeutlichen auch die Komplexität des Gesamthemas und der Rahmenbedingungen, in denen wir uns gemeinsam bewegen. Da braucht man einfach mehr Zeit.

Bezogen auf die Fragen zu Digitalpakt und Schulen gebe ich Ihnen eine Empfehlung: Setzen Sie das noch mal – ich glaube, da gibt es sogar einen Tagesordnungspunkt, der heute nicht mehr drankommt, er ist jetzt sowieso schon runtergefallen – extra an! Bezogen auf unseren Piloten die klare Ansage: Der ist definiert ohne die Schulen, sondern bezogen auf die Verwaltung.

Mit Blick auf die knappe Zeit will ich zwei Aspekte ganz bewusst herausheben: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir bewegen uns, nicht nur das ITDZ, sondern die gesamte Berliner Verwaltung – und das gilt insbesondere für die zwölf Berliner Bezirke, die in der Regel, was die Vergütungsstrukturen angeht, das kennen Sie, sich am Ende der berühmten Nahrungskette befinden –, in einer brutalen Wettbewerbssituation. Ich habe es an anderer Stelle schon mal verdeutlicht. Wir haben Ende 2017, Anfang 2018 einen unruhigen Jahreswechsel gehabt, Herr Dr. Lemcke und ich, denn zwei der vier Experten, die bei uns technisch alles am Laufen halten für rund 2 000 Beschäftigte und damit dann in der Sicherstellung der IKT-Struktur in der City-West, sind zum Premiumwettbewerber Deutscher Bundestag abgewandert, sind innerhalb weniger Monate um zwei Gehaltsstufen geklettert, und im Übrigen ist da das Restaurant auch besser als unsere Kantine.

Was ich damit mit einem kleinen Unterton sagen möchte: Es gibt Wettbewerbssituationen, da ziehen wir regelmäßig den Kürzeren. Unsere Aufgabe bestand darin, denn es drohte sich auch bei den verbliebenen zwei Beschäftigten zu einer dicken Infektion und einem Abgangsfieber auszuwachsen: Da war Haltearbeit angesagt. Die ist uns gelungen, und es ist uns gelungen, dann auch eine dritte Kompetenz an Bord zu holen mit externer Unterstützung, um überhaupt den laufenden Betrieb zu stabilisieren. Noch einmal: Ich hatte das eingangs bei meiner Vorstellung der Folien gesagt. Vergessen Sie bei allen ambitionierten Zielvorgaben, die Sie gesetzt haben, nicht die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes.

Das bringt mich zu dem zweiten Punkt: Wenn Sie Frau Fiedler eben gefragt haben, mehr Verantwortung für das ITDZ, dann kann ich nur als einer der Kunden – das ist dann auch bildlich in der Sprache so, wir sind Kunde und als Pilotbezirk vielleicht einer der nicht ganz unwichtigen – sagen: Wenn das Thema Betriebsübernahme demnächst zur Entscheidung ansteht, dann kann ich, glaube ich, stellvertretend für die anderen elf Bezirke, die heute nicht anwesend sind, sowohl dem Senat als auch dem ITDZ – das wird Sie jetzt nicht überraschen – nur dringend anempfehlen, den Weg einer möglichen Betriebsübernahme dann erst mal für die Hauptverwaltung zu gehen – unter Ausschluss der zwölf Berliner Bezirke – und, wenn es dann da gut klappen sollte, die anderen zwölf mit an Bord zu nehmen, aber nicht die zwölf Bezirke an der Stelle zuerst aufzurufen. Unsere Erfahrung nach den drei Jahren Pilot ist: Step by Step unter Einbeziehung der Ressourcen vor Ort, des Know-hows vor Ort. Das ist der richtige Weg, und der, Herr Kohlmeier, dauert etwas länger, zweifelsohne. Möglicherweise muss man die Zielzahlen – das muss die Politik gemeinsam, Senat, Abgeordnetenhaus, entschei-

den –, die man in 2016 benannt hat, im Lichte einer Entwicklung 2019/2020 vielleicht auch nachjustieren, aber im Sinne gelingender Ergebnisse.

Abschließend: Wir haben das nicht bestellt. Wir waren selber ein bisschen überrascht, aber der Rechnungshof ist bei uns zu Gast gewesen, ich glaube, auch im ITDZ, und hat anhand des Stichwortes „Pilotbezirk“ und mit der Frage an Charlottenburg-Wilmersdorf: „Gelingende Migration, ja oder nein?“ aktuell eine Prüfung vorgenommen. Wir sehen mit Interesse dem Prüfungsbericht demnächst entgegen. Vielleicht sollten wir dann auf Grundlage und in Kenntnis dessen, was dann ganz extern noch mal dazu gesagt wird, uns dann hier noch einmal verabreden. Das wäre eine ausdrückliche Empfehlung, ein ausdrücklicher Wunsch. Wir stehen jedenfalls dann auf der Grundlage zur Vertiefung weiterer Schritte zur Verfügung.

Abschließend: Wir sind weiter voll motiviert. Unsere Empfehlung ist: Unsere Erfahrungen – und so haben wir uns auch als Versuchskaninchen von Anfang an positiv verstanden, als Pilotbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf – als Blaupause weitestgehend dann auch auf die anderen zu übertragen. Ich weiß, dass zumindest auch die Senatskanzlei an dem Vorgehen nachhaltig interessiert ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! Jetzt hat der Senat, glaube ich, noch fünf Minuten.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Es sei denn, Herr Dr. Lemcke hat noch etwas zu ergänzen? – [Dr. Holger Lemcke (Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf): Nein!] – Das ist nicht der Fall.

**Bürgermeister Reinhard Naumann** (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Wir kommen wieder.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann hat Frau Smentek das Wort – bitte!

**Staatssekretärin Sabine Smentek** (SenInnDS): Schönen Dank! – Viele von den Fragen, die wir heute aufgeworfen haben, werden wir in einigen Wochen wieder haben, nämlich wenn die Haushaltsverhandlungen beginnen. Genau diese konkreten Fragestellungen auf die einzelnen Projekte bezogen werden Inhalt auch der Haushaltsverhandlungen sein. Ich bin hochgespannt, wie wir die einzelnen Fragen dann insbesondere in der Diskussion im Hauptausschuss beantworten. Ich gucke Frau Dr. Brinker an, weil sie im Hauptausschuss sitzt. Insofern haben die Fragen, wie es weiter geht, wie es schneller geht, wie man viel schneller viel mehr schafft, einerseits etwas mit Haushaltsmitteln zu tun, andererseits, wie wir heute gehört haben, natürlich auch mit den Organisationsmöglichkeiten, insbesondere was das Wachstum des ITDZ angeht.

Wenn Frau Fiedler gesagt hat, wir reden über eine Verdoppelung des Personals, dann ist das rechnerisch sehr einfach, aber eine Verdoppelung des Personals so hinzukriegen, dass die Organisation mitwächst, dass jeder weiß, was er oder sie zu tun hat, dass die Prozesse innerhalb des ITDZ, aber insbesondere mit uns, dem Land Berlin, dem Kunden von allen neuen Beschäftigten gleich gut gemacht werden, das ist ein Organisationsentwicklungsprozess. Dafür war heute in der Anhörung kaum Zeit, darauf einzugehen. Die Aktivitäten macht das ITDZ – in Anführungsstrichen – nebenher, während die ganzen Projekte, die wir heute nur angerissen haben, dann auch in die Realität umgesetzt werden.

Ich möchte mich ausdrücklich nochmals und vor vielen Zeugen heute bei Charlottenburg-Wilmersdorf bedanken für die wirklich sehr offene Zusammenarbeit. Wenn Charlottenburg-Wilmersdorf uns nicht in aller Brutalität und Klarheit hätte an den Informationen über ihre IKT teilhaben lassen, dann wüssten wir heute nicht, mit welcher Komplexität und auch mit welcher Situation, was das Alter und die Güte der IKT im Land Berlin betrifft, wir es zu tun haben. Dann wüssten wir nicht Bescheid, und wir könnten nicht die Planungen für die anderen Migrationen darauf aufsetzen.

Und dann komme ich zum Stichwort: Kosten-Nutzen, Effizienzgewinne. – „Effizienzgewinn“ hört sich auf den ersten Blick – ich bin BWLerin – immer so an, als ob man Geld spart. Wir konstatieren, dass in den letzten, ich würde mal sagen, 15 Jahren mindestens die technologischen Entwicklungen für Großorganisationen des Dienstleistungssektors im Land Berlin nicht einmal zur Hälfte umgesetzt worden sind. Wenn Charlottenburg-Wilmersdorf uns gesagt hat, dass 50 Prozent der Endgeräte – da rede ich nicht über Netze – älter sind als fünf Jahre – das hat sich mittlerweile wahrscheinlich geändert, aber das war die Aussage –, dann bedeutet das, dass wir mindestens eine technologische Generation überhaupt noch nicht haben im Land Berlin.

Was bedeutet in einer solchen Situation – wir reden immer von technologischen Schulden, Frau Fiedler und ich – Effizienzgewinn? – Effizienzgewinn heißt, dass wir, wenn wir jetzt die Modernisierungs- und Standardisierungsmaßnahmen in die Tat umsetzen, dann trotzdem im Land Berlin höhere Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik pro Arbeitsplatz haben werden als früher, weil wir bestimmte Dinge – ich rede gar nicht von IT-Sicherheit, sondern auch von sicheren Netzen und modernen Endgeräten – im Land Berlin bisher im Haushalt nicht abgebildet haben. Das heißt erstens, die technologischen Schulden bezahlen, Modernisierung. Zweitens: Die Technologie nutzen, um durch die Standardisierung so etwas wie Effizienzsteigerung hinzukriegen, und das bedeutet dann auf lange Sicht, dass der Anteil der IKT-Ausgaben im Haushalt höher sein dürfte als heute, jedenfalls dann, wenn man das E-Government-Gesetz umsetzt, und der Senat möchte dies tun. Von daher: „Gewinn“ heißt nicht Einsparen – auf höherem Level, aber trotzdem effizienter als heute.

Ich möchte gern noch etwas zum Thema „elektronische Akte“ sagen, weil da an ein paar Stellen immer Dinge miteinander verbunden werden, die nur mittelbar etwas miteinander zu tun haben. Wir haben heute hier den Schwerpunkt auf die Migration des Betriebs zum ITDZ gelegt. Deswegen ist ja auch Charlottenburg-Wilmersdorf eingeladen worden. Das ist eine hochkomplexe Veranstaltung. Das ITDZ ist aber bei vielen Projekten im Rahmen der Umsetzung des E-Government-Gesetzes für uns tätig, und die elektronische Akte ist ein vollständig anderes Projekt als die Migration, übrigens auch mit völlig anderen Zeitschienen.

Ich habe hier in diesem Ausschuss öfter erklärt, dass wir eine Zeitplanung haben – die kennt der Ausschuss auch – und dass die Einführung der elektronischen Akte zum im Gesetz vorgesehenen Zeitpunkt 1. Januar 2023 weiterhin realistisch erscheint. Im letzten Monat hat sich nichts daran geändert. Wir sind immer noch mitten im Ausschreibungsverfahren, und ich hatte im Ausschuss angekündigt, dass die nächste Aktualisierung dessen, was es Neues gibt in Sachen elektronische Akte, nach der Auswahl des Produktes stattfinden wird. Das ist in unserem Zeitplan so vorgesehen. Das ist nichts Neues für Sie im Ausschuss. Das hat mit dem Thema Migration aber nichts zu tun. Das sind zwei völlig verschiedene Projekte. Wir werden sehen – die Diskussion über das Thema Migration werden wir ja in unterschiedlichen Gremien fortsetzen –, welche Strategie wir bei der Migration weiter fortführen, aber die Einführung der elektronischen Akte zum 1. Januar 2023 ist im Augenblick nach unserer Projektplanung immer noch realistisch.

Ich würde noch gerne einen letzten Satz sagen, weil das in der Präsentation von Charlottenburg-Wilmersdorf auch als einer der ersten Punkte angenommen worden ist. Was wir hier tun an Modernisierung und Standardisierung, tun wir bei laufendem Betrieb. Ich bin deswegen sehr froh, dass Charlottenburg-Wilmersdorf gesagt hat: Als Erstes müssen wir mal gucken, dass die IT jeden Tag 24 Stunden funktioniert, egal wie gut oder schlecht sie heute ist. – Dieser Aufwand ist sozusagen die Basis von allem. Manchmal wünsche ich mir, ich würde in Estland Staatssekretärin sein, denn die hatten den Luxus, eine vollständig neue Verwaltung digital aufzubauen. Wir haben die Verwaltung mit der IKT, wie sie sich heute jeden Tag darstellt, und unser oberstes Ziel ist, dass wir tatsächlich die bestehende digitale Infrastruktur am Laufen halten. Das kommt letztendlich Bürgerinnen und Bürgern zugute. Auch das kostet sehr viel Nerven und Aufwand, und da haben wir jeden Tag wieder Überraschungen.

Ich bin mir bewusst, dass wir heute nur einen kleinen Teil der gestellten und der vielen nicht gestellten Fragen beantworten konnten, und ich finde den Vorschlag wunderbar, dass wir spätestens dann, wenn der Rechnungshof den Bericht vorgelegt hat, noch mal vertieft in dem Ausschuss über das Wie weitersprechen. – Danke!

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann hat sich jetzt noch Herr Kohlmeier gemeldet.

**Sven Kohlmeier (SPD):** Danke schön, Herr Vorsitzender! – Können Sie mir, Herr Naumann, kurz zuwerfen, wann der Rechnungshofbericht erwartet wird?

**Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (BA Charlottenburg-Wilmersdorf):** Leider nein! Ich hatte Herrn Dr. Lemcke auch befragt. Ich glaube, wir sind mit der Schlussberatung durch. Ich gehe also davon aus, innerhalb der nächsten zwei Monate.



**Sven Kohlmeier (SPD):** Gut. Ich weiß, welchen Job Sie machen, und ich weiß, dass im Land Berlin alles nicht so einfach ist, wie man sich das manchmal ausdenkt. Insofern habe ich für vieles Verständnis. Gleichwohl werden Sie nachvollziehen können, dass es mich hochgradig frustriert, zu hören, dass wir 2026 mit der Migration fertig sind, denn wenn Sie heute „2026“ sagen, werde ich mir diesen Protokollausschnitt vom heutigen Tag in DIN A3, und zwar bloß mit der Zahl, auf mein Klo hängen und da jeden Tag draufgucken, und ich würde schon heute die Wette eingehen – wer da mitmachen möchte –, dass 2026 nicht gehalten wird. Das frustriert mich noch mehr, weil wir heute nicht nur sieben Jahre schieben, sondern es vermutlich irgendwo anders hinschieben. Ich gebe zu, dass es für mich manchmal ein bisschen unverständlich ist, dass dieses Hochtechnologieland Deutschland nicht in der Lage ist, in Gänze seine Digitalisierung voranzubringen, und dass das Land Berlin, welches ja auch immer eine große Fresse hat – und völlig zu Recht – ebenfalls nicht in der Lage ist, auch nur in irgendeiner Weise zumindest zu zeigen, dass man da auf einem Weg ist, wo man ein bisschen mehr macht als alle anderen beim Thema „digitale Verwaltung“. Estland ist genannt worden. Deutschland liegt auf Platz 21. Das kann man so hinnehmen und sagen: Ist das schön für das Land Berlin, dann sind wir genauso schlecht wie alle anderen. – Das befriedigt mich nicht.

Insofern greife ich den Vorschlag auf, den Herr Naumann gemacht hat. Sie haben dankenswerterweise selber vorgeschlagen, hierherzukommen, wir können Sie ja nur bitten, hierherzukommen, aber Sie wollten gerne herkommen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie – das muss ich jetzt noch mal in der Koalition besprechen – dieses Jahr noch mal einladen, damit Sie die offenen Fragen beantworten. Bei Frau Fiedler ist es ein bisschen einfacher, weil Frau Fiedler eh immer da ist. Insofern können wir Frau Fiedler ein bisschen einfacher als Expertin zu uns einladen. Ich habe eine Bitte: Wenn Sie im Protokoll – da wird ein Wortprotokoll erstellt – unsere Fragen sehen und der Auffassung sind, Sie wollen uns im Nachgang dazu noch etwas mitteilen, was Sie nicht beantwortet haben, bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie da noch nachliefern. Ich will Sie damit jetzt nicht von der Arbeit abhalten – ich sage es mal so, Sie haben andere wichtige Dinge zu tun, als Wortprotokolle zu lesen –, aber wenn Ihnen da beim Überfliegen oder wie auch immer auffällt: Ach, da war noch eine Fragestellung, die für den Gesamtkomplex wichtig sein könnte! –, könnten Sie vielleicht – dazu können wir Sie nicht zwingen oder nötigen – da noch entsprechend nachliefern für die nächste Beratung.

Abschließend: Ich habe mir witzigerweise, weil es die Opposition ja nicht macht, noch mal unseren Koalitionsvertrag vorgenommen, wo wir uns so richtig schön reingeschrieben haben, was wir alles umsetzen werden. Ich fand die Sitzung, wie gesagt, aus technischer Sicht frustrierend, aus politischer Sicht jedenfalls ehrlich, weil ein paar Punkte auf den Tisch gekommen sind, wo wir uns auch in der Koalition überlegen müssen, wie wir damit umgehen und wo man möglicherweise politisch nachjustieren muss, weil es ja wenig Sinn macht, an einem Ziel festzuhalten, das absehbar gerissen wird. Insofern danke ich jedenfalls für die Ehrlichkeit, die Sie hier an den Tag gelegt haben.

**Vorsitzender Marc Vallendar:** Dann kommen wir zum Abschluss der Anhörung. Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, wie ich annehme, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Ich bedanke mich herzlich bei den Anzuhörenden, dass sie heute hier waren und uns ihre Stellungnahmen mitgeteilt haben. – [Allgemeiner Beifall] –

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Der Digitalpakt und die Berliner Schulen – was ist geplant?**

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

[0099](#)

KTDat

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.